BÜNDNIS 2000
FORUM FÜR DEMOKRATIE, ÖKOLOGIE UND MENSCHENRECHTE

1. Jg. Nr.16 / 26.7.91 (DJ 59)
Preis: Ex–DDR 1 DM / Ex–BRD 2 DM

Jugend & Gewalt
Wie umgehen mit dem Rechtsradikalismus?



- **Martin Böttger, Thomas Luck: Zum Umgang mit der Jugendgewalt**

- **Matthias Franz: Verordneter Antifaschismus und die Folgen**

- **Jochen Läßig: Was tun gegen die Arbeitslosigkeit? (Teil II)**

- **H.C.Buch: Brief an Stefan Heym**

- **B.Bohley, H.J. Fischbeck u.a.: Fragen an das BÜNDNIS 90**

Inhalt:

schwerpunkt

perspektive global

debatte

länderreport

bewegung intim

kultur & geschichte

Impressum

Bündnis 2000, Forum für Demokratie, Ökologie und Menschenrechte.

Erscheint 14-tägig / AN 110415

Hrsg.: Demokratie Jetzt/Initiative Frieden
und Menschenrechte/Neues Forum Sachsen

Redaktion: E.O. Müller (v.i.s.d.P.), M. Lilla (Osteuropa),
Regine Auster (Ökologie)

Adresse: Haus der Demokratie, O-1080 Berlin, Friedrichstr. 165
Telefon: 2202091, App. 17

Kuratorium: DJ: W. Ullmann, U. Poppe; IFM: W. Templin,
R. Weißhuhn, M. Birthler; NF: W. Schulz; Grüne: V. Wollenberger,
C. Jordan; UFV: T. Böhm
Beirat: DJ: M. König, C. Noack, U. Poppe; IFM: R. Weißhuhn,
R. Templin; NF: Katrin Steinitz, Heiko Weigelt

Herstellung: Hans-C. Hilker, Undruck

Satz: Berit Gallien

Fotos in dieser Ausgabe: 6 x Zenit

Namentlich gekennzeichnete Artikel liegen in der Verantwortung
der/des AutorIn; sie geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Liebe Leserinnen und Leser,

wird die Ex-DDR zum Hort von Jugendgewalt und Rechtsradikalismus? Mit den Ursachen des erhöhten Gewaltpotentials in den fünf neuen Ländern sowie mit Strategien zur Bewältigung dieses Problems befaßt sich BÜNDNIS 2000 in den Beiträgen von **Martin Böttger, Thomas Luck** *sowie* **Jochem Kollmer & Hans-Peter Steffen.** *Daß auch der "verordnete Antifaschismus" der ehemaligen DDR zur heutigen Gesamtverfassung des DDR-Bewußtseins beitrug, erläutert* **Matthias Franz** *in seinem Beitrag "Mut zum Nach-Denken".*

Zum Nach-Denken zwingt auch das Lesen des Interviews mit dem sowjetischen Schriftsteller und Kriegsveteranen **Vjatceslaw Kondratev** *über das Verhältnis zwischen Sowjetbürgern und Deutschen im und nach dem Zweiten Weltkrieg. Der zweite Teil des Interviews findet sich in der Rubrik "Perspektive Global".*

Der Debattenteil von BÜNDNIS 2000 enthält in dieser Ausgabe u.a. einen Brief von **Hans Christoph Buch** *an seinen Schriftstellerkollegen* **Stephan Heym** *sowie den zweiten Teil von* **Jochen Läßigs** *Beitrag "Wie die Arbeitslosigkeit bekämpfen?" Die Redaktion würde sich über weitere Beiträge zu diesem Thema freuen.*

Der in den neuen Ländern umgehende "Mikrozensus", das Friedenszentrum in Zwickau sowie ein (nun doch nicht in Betrieb genommener) Supermarkt auf KZ-Gelände sind die Hauptthemen des aktuellen Länderreports.

Daß die Bildung des "Bündnis 90" nicht unumstritten ist, dürfte unseren Leserinnen und Lesern bekannt sein. In dieser Ausgabe von BÜNDNIS 2000 veröffentlichen wir kontroverse Beiträge von **Bärbel Bohley, Hans-Jürgen Fischbeck, Peter Müller u.a.** *zur Frage der Zukunft der Bürgerbewegung.*

Ein besonderer Hinweis gilt diesmal unseren Buchtips in der Rubrik "Kultur & Geschichte".

Erfreuliches zum Schluß: Mitte Juli beschloß der Landessprecherrat des **Neuen Forum Sachsen** *die Mitherausgabe von BÜNDNIS 2000. Wir hoffen, daß damit ein weiterer Schritt zur Öffnung der Zeitschrift sowie zur Gewinnung neuer Leserinnen und Leser (nicht nur in Sachsen) getan ist.*

Mit freundlichen Grüßen

Die Redaktion

P.S. Der offizielle Redaktionsschluß für die **übernächste** *Ausgabe ist der 14.8.1991. Bitte beachten Sie auch den Abo-Hinweis auf der letzten Seite!*

Bündnis 2000 kann bei einer Mindestabnahme von 5 Exemplaren für **0,70 DM pro Stück** *erworben werden, Die Gewinnspanne beim Weiterverkauf beträgt also (im Osten) 30%. Vertreibende und Basisgruppen im Westen können die Zeitung für* **1,50 DM pro Stück** *erhalten und für 2 DM weiterverkaufen.*

Wie umgehen mit dem Rechtsextremismus ?

Beitrag des Abgeordneten Dr. Martin Böttger (Neues Forum) zur Extremismusdebatte im sächsischen Landtag

Daß gewalttätiger Extremismus in unserem Land ein großes Problem ist, haben wir gerade in Dresden in den letzten Monaten vorgeführt bekommen. Doch wenn wir schon im Ansatz nicht differenzieren können, werden wir dem Problem nicht gerecht. Wir haben in Sachsen zum Glück momentan kein dem rechtsextremen Potential gleichwertiges gewalttätig linksextremes Spektrum. War die CDU der alten BRD bisher auf dem rechten Auge blind, was die Gewalt von Rechts angeht, so sieht jetzt die sächsische CDU mit dem linken Auge Gespenster, nämlich eine Horde gewalttätiger Linker.

Mangelnde Entfaltungsmöglichkeit für Jugendliche

Doch das ist nicht das wichtigste, gleichen sich die Ursachen für den gewalttätigen Extremismus doch sehr. Arbeitslosigkeit, akute Wohnungsnot und miserable Ausbildungschancen seien hier nur als Stichworte genannt. Wir haben ein soziales Spannungspotential durch die gegenwärtige Krise in den Ost-Ländern. Wir haben Arbeitslosenraten, die die der Endzeit der Weimarer Republik schon übertreffen. Ich will keine Parallelen ziehen, aber das Potential ist vorhanden. Es gibt nicht ausreichend Entfaltungsmöglichkeiten für Jugendliche. Und nicht zuletzt herrscht eine allgemeine Orientierungslosigkeit, als Hinterlassenschaft der fast sechzigjährigen Herrschaft totalitärer, diktatorischer Regimes.

Dagegen debattieren wir hier, und machen unsere Konzeptionslosigkeit deutlich. Man kann das extremistische und auch das gewaltextremistische Potential nicht mehr, wie ehedem in den Altländern üblich, auf kriminelle Randgruppen ohne jede gesellschaftliche Basis begrenzen. Wir haben eine neue Situation.

Die in den Ostländern herrschende soziale Notlage, die bisher unbekannte existentielle Unsicherheit, die Unwissenheit über die Wege in einem vollkommen neuen System schaffen eine völlig andere Situation als wir sie je hatten.

Natürlich kann niemand erwarten, daß es in den nächsten Monaten bewerkstelligt werden könnte, aus unserem krisengeschüttelten Land einen Hort sicheren Wohlstands zu machen. Aber mögliche Maßnahmen, die Arbeits- und Ausbildungsplätze, die Perspektiven schaffen, dürfen nicht weiter verschleppt werden.

Wut über die Ignoranz der neuen Mächtigen

Wenn Sie sich mal herablassen würden, mit Menschen auf der Straße zu sprechen, z. B. auf den Fluren des noch in unserem Hause einquartierten Arbeitsamts, spüren Sie Ärger und Wut über die Ignoranz der neuen Mächtigen. Was die Bürger dieses Landes bedrückt, findet keinen spürbaren Eingang in praktische Politik. Man hört die Frage, ob man auch erst gewalttätig radikale Problemlösungen versuchen muß, um gehört zu werden. Nur die Eröffnung von Mitgestaltungsmöglichkeiten kann ein solches Gefühl mindern.

Auch zeigten sich viele von uns schokkiert über den Marsch von Neonazis durch Dresden. Man fragt sich, wie denn so etwas möglich sei in Deutschland. Gleichzeitig wird aber ein Umgang mit der Geschichte des letzten Regimes gepflegt, die in dem Maß verlogener Verdrängung dem Umgang mit der NS-Geschichte in nichts nachsteht. Das Resultat sehen wir jetzt vor uns.



Kriminalisieren und ausgrenzen?

Viele möchten jetzt gern das Problem zur schnelleren Akzeptanz eines Landesamtes für Verfassungsschutz benutzen. Gleichzeitig am liebsten alle Extremisten kriminalisieren und ausgrenzen. Das ist eines fortlaufende Spielart der Verdrängung. Meinungen, auch extremistische, lassen sich nicht wegverbieten. Es ist klar, daß Straftaten verfolgt werden müssen, doch wir müssen uns politisch damit auseinandersetzen, daß es wieder in ernst zu nehmender Zahl Nazis gibt in Deutschland. So verabscheuenswürdig den meisten diese Weltanschauung sein mag, es führt kein Weg daran vorbei, die Wirklichkeit zu akzeptieren. Nur eine wirklich kleine kriminelle Führerclique kann fast ausschließlich mit polizeilichen und juristischen Mitteln wirksam in ihren Handlungen begrenzt werden.

Ich sagte schon, Straftaten müssen verfolgt werden. Durch die Unfähigkeit der Polizei, ein von den Bürgern gefordertes Maß an innerer Sicherheit zu garantieren, wurde den rechtsextremen Gruppen zu einer Akzeptanz als quasi Bürgerwehr verholfen. Deutlicher kann das Versagen des Staates gar nicht ausfallen, wenn man radikalen Gewalttätern de facto staatliche Aufgaben überläßt. Natürlich weiß ich, daß die Polizei unterbesetzt ist und keine Ausrüstung hat. Aber warum nicht? Im letzten halben Jahr hätte man ja wohl Ausrüstungsgegenstände beschaffen können. Und man hätte eine neue Polizeistruktur vor allem mit neuen Leuten in der Führungsebene schaffen müssen. Ohne das ist der Glaubwürdigkeitsverlust der Polizei und damit auch die Fluchtaktion ihrer Bediensteten nicht aufzuhalten. Statt dessen beharrt der Innenminister darauf, weiterhin unmäßig viele Böcke als Gärtner walten zu lassen. Wie können Sie ernsthaft die gegenwärtige Situation nutzen wollen, z. B. ehemaligen K 1-Mitarbeitern ihre Plätze in der Kriminalpolizei zu sichern, wenn Sie gleichzeitig wissen, daß z. B. zwei der vier Nazi-Führer von Dresden, wie auch Rainer Sonntag, K1-Spitzel waren, also deren Befehlsempfänger.

Sie können noch nicht einmal die ausreichende Besetzung einfacher Polizeistreifen garantieren, aber wollen hier den Verfassungsschutz aufbauen. Es wird interessant sein zu sehen mit wem. Es würde micht nicht wundern, in dieser Behörde auf einstige Stasi-Mitarbeiter zu treffen, die schon in der alten DDR sehr aktiv im rechtsextremen Milieu waren. Für die sächsische Polizei gibt es immer noch kein generelles Überprüfungsverfahren mittels der Unterlagen der Gauck-Behörde. Sie haben bis jetzt nur die Fragebögen ausgewertet!
Es ist wichtig, die Menschen, die das Potential extremistischer Gruppen darstellen, nicht auszugrenzen. Dazu bedarf es einiger Mittel. Wo z. B. soziokulturelle Einrichtungen nicht entstehen können aus Geldmangel, wo Konzepte für die Integration gewaltbereiter Radikaler nicht erarbeitet werden können, kommt es in einer Krisenlage wie der unseren zwangsläufig zu gesteigerten Gewaltexzessen. Wer hier spart, nimmt diese Art von Auseinandersetzungen billigend in Kauf. Hier müssen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Es gibt Initiativgruppen, die versuchen wollen, durch Gespräche Gewaltbereitschaft abzubauen. Sie fordern z. B. eine Landes- und auch Kommunalbeauftragte für radikale Gruppierungen, deren Aufgabe es sein soll, für die Integration der Anhänger extremistischer Ideologien in die Gesellschaft zu arbeiten.

"... weil sie nirgendwo sonst finden was sie suchen"

Ich möchte an dieser Stelle eine in Dresden aktive "Arbeitsgemeinschaft Vorbeugung" zitieren, eine Gruppe, die sich um Gespräche mit Autonomen, Rechtsradikalen, Polizei und auch dem Innenministerium bemüht:
"Unsere Geschichte war eine der Verdrängung, der Aggression und hat maßgeblichen Anteil, daß wir heute diese Ausbrüche von Gewalt erleben. Aber das ist nicht alles, denn spätestens seit dem Frühjahr 90 tragen auch demokratisch gewählte Institutionen die Verantwortung. Viele aus der Gefolgschaft extremistischer Gruppen geraten nur deshalb in den Strudel von Abhängigkeit von Führern und Gewaltideologien, weil sie nirgendwo sonst finden, was sie suchen, bei den Eltern nicht, in der Schule nicht und schon gar nicht in dem Dschungel der Institutionen - rar sind Ansprechpartner für ihre Probleme, die mit ihnen nach Lösungsansätzen suchen, sie anbieten und vermitteln."

Diese Gruppe hat konkrete Vorschläge und ist zur Zusammenarbeit bereit. Wir brauchen auch auf dem Gebiet der Polizei nicht nur ausreichende Stärke und Ausrüstung, sondern auch bessere Polizeistrategien, Strategien der Deeskalation, wie auch besser ausgebildete Beamte, als wir sie gegenwärtig haben.
Gestatten Sie mir noch ein Wort zum gewaltbereiten Linksextremismus. Ich will Ihnen nicht zu dem billigen Vorwurf Gelegenheit geben, wir würden dies ignorieren. Doch wir haben es hier mit einer im Vergleich zu anderen deutschen Bundesländern relativ friedfertigen Szene zu tun. Pauschalisierungen sind hier fehl am Platze und helfen nur Spannungen anzuheizen.

Wir sollten uns dessen befleißigen, was wir für Gesprächsbereitschaft als Voraussetzung brauchen, nämlich die Gesellschaft in ihrer Vielschichtigkeit und Verschiedenheit anzunehmen. Die einfachen Urteile entsprechen eher dem, was uns ein junger Dresdner Neonazi sagte: "Es gibt nur links oder rechts."
Der Aufbau einer demokratischen Gesellschaft ist eine größere Herausforderung als das Agieren in den in Kurzseminaren erlernten westdeutschen Strukturen. Um diese Herausforderung darf man sich nicht herumlügen. Wir leben in einer Zeit mit großen Chancen und Risiken, in der der Griff in die Mottenkiste fatale Folgen hat.

Jugendgewalt = Rechtsradikalismus?

Die üblichen Begriffe des Links-Rechts-Schemas treffen nicht mehr eindeutig: Pauschalurteile sind unangebracht.

Von Thomas Luck (Neues Forum)

Wenn ich mich zu diesem Thema äußere, dann natürlich nur aus lokaler Sicht. Berlin mag in der Frage des Radikalismus und des Anstiegs der Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen im Ostteil der Stadt einen anderen Stellenwert einnehmen als Städte und Gemeinden in der ehemaligen DDR. Hier ist die besondere Situation des einzig gemeinsamen Ost/West-Bundeslandes mit zu beachten.
In den letzten Wochen und Monaten kam es auch in Berlin zu zahlreichen Übergriffen gegen Ausländer, Andersdenkende oder auch nur gegen 'andere'. Dabei ist zu beobachten, daß die üblichen Begriffe des Links-Rechts-Schemas nicht mehr eindeutig treffen. Man sollte sich unbedingt davor hüten, Pauschalurteile zu fällen, in Schubladen einzuordnen und daraus eventuelle Schritte zur Eindämmung der Gewalteskalation abzuleiten.

Zur Gewalt gehören immer Feindbilder

Und genau hier passen viele voreilig aufgesetzte Schablonen nicht mehr. Sicherlich gibt es in der gewaltbereiten Szene einige, die das Prädikat "kriminell" verdienen. Aber der Radikalismus, egal in welcher Form er auftritt, lebt immer im wesentlichen auch von der Akzeptanz in der Gesellschaft. Man muß das nicht Sympathie nennen, aber sogenanntes Verständnis ist offenbar häufig genug vorhanden.
Die Zielgruppen für gewaltbereite Jugendliche sind so vielschichtig, wie sie selbst. Wenn in Berlin 'Linke' gemeinsam mit 'Rechten' eine ihnen nicht genehme Gruppe angreifen oder bedrohen, ist das bezeichnend für das Verwischen alter Einordnungen. Gewalt ist in erster Linie die Verdrängung der eigenen Probleme und die Suche nach Schwächeren in der Gesellschaft. Dies hebt das eigene Selbstwertgefühl.
Ein Einstieg ist vielleicht das Gespräch mit den Jugendlichen nach ihrer Motivation. Oftmals hört man aus beiden Lagern deckungsgleiche Argumente: Staatsverdrossenheit; das Gefühl der Verdrängung der Jugendlichen als Randgruppe; die eigene Einstufung als Mensch dritter Klasse im Vergleich mit Westberlinern; die Perspektivlosigkeit und soziale Unsicherheit; der Werteverfall. In der momentanen Umbruchphase, die ja kaum von Erwachsenen bewältigt wird, herrscht ein hohes Maß an Orientierungslosigkeit unter den Jugendlichen.

Das Gefühl, betrogen worden zu sein

Hinzu kommt der vielleicht sensibelste Bereich der Jugendlichen: Das Gefühl, in der Vergangenheit betrogen worden zu sein und nun erst Recht an nichts zu glauben. Man sucht sich ein eigenes Bild von Geschichte und aktueller Gesellschaft und sitzt wieder zu oft Halbwahrheiten auf. Hier zeigt die einseitige antifaschistische Erziehung ebenso negative Auswirkungen wie die Vorgaukelei des heilen Sozialismusbildes oder aufgesetzter und nicht erlebter "internationaler Freundschaften".
Hier ist der Bereich, in dem die in der politischen Öffentlichkeit stehenden Gruppen und Parteien mit in die Verantwortung zu nehmen sind. Gerade die Vertreter der Bürgerbewegungen (ihnen sollte ja "Schubladendenken" fremd sein) haben die Möglichkeit, hier wirksam zu werden. Junge Leute und ihre Bedürfnisse ernstzunehmen und ihnen zuzuhören, ist besonders wichtig. Ihnen zu helfen, in ihrer Umgebung, ihrer Kommune einen Platz zu finden, Freizeitstätten, Arbeitsplätze, Aufgaben, die ihrem Interesse nahekommen oder neue Interessen zu wecken, sollte eine Aufgabe der Kommunalpolitik und der Verbände und Bürgerinitiativen sein.

Viele sind Mitläufer, oft aus Angst

Viele der Jugendlichen sind, oftmals aus Angst heraus, Mitläufer in der Szene. Diese Szene hat ja auch eine ständig wechselnde Besetzung. In der gegenwärtigen Umbruchsphase muß sich jemand finden, der der Mittler zwischen manchmal notwendigen Behörden (wer finanziert den Jugendclub?) und Jugendlichen ist. Dabei ist klar, daß für Straftaten die Zuständigkeit der Polizei gilt. Eine generelle Kriminalisierung der Jugendlichen ist aber der falsche Weg. Die Polizei kann nicht das Mittel zur Eindämmung der Gewalt-eskalation sein. Auch für sie ist diese Situation mit nichts vergleichbar und neu. Deshalb sollte man auch hier das Gespräch suchen. Man erinnere sich hierbei an 1989/90 und die Anfänge von Sicherheitspartnerschaften. Ein Begriff, der einem westlichen Polizisten in der Regel fremd ist.Wenn Polizei kommen muß (was sich manchmal nicht vermeiden läßt), haben zuallererst andere versagt. Patentrezepte gibt es nicht, es sind Ideen und viele, viele kleine Schritte gefragt.



"Die sollen von sich welche heiraten"

Über rechte Deutungsmuster bei Ostberliner Jugendlichen und zum Umgang damit

VON JOCHEM KOLLMER & HANS-P. STEFFEN (BIELEFELD)

Was geht vor in den Köpfen von jungen Menschen, die sich der rechtsextremen "Szene" anschließen? Aufschluß gibt ein im Sommer 1990 durchgeführtes Interview mit zwei Ostberliner Jugendlichen.
Albert und Bernd (Namen v. d. Redaktion geändert) sind beide 17 Jahre alt. Albert hat eine abgeschlossene Ausbildung als Elektromonteur, Bernd befindet sich in einer landwirtschaftlichen Ausbildung. Beide leben noch bei ihren Eltern und bezeichnen ihr Verhältnis zu diesen als zufriedenstellend. Sie sind enge Sympathisanten der "Nationalen Alternative" (NA), einer in Ostberlin ansässigen militanten rechtsextremen Partei, die - zumindest im Sommer 1990 - enge Verbindungen zur "Bewegung" Michael Kühnens unterhielt.
Die Interview-Ausschnitte verdeutlichen das Verhältnis der beiden Jugendlichen zu AusländerInnen in der ehemaligen DDR, die Akzeptanz personeller Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Ziele und ihre Ängste vor einer drohenden Arbeitslosigkeit. Die Aussagen der beiden sind äußerst widersprüchlich und lassen teilweise eine eigene DDR-Identität erkennen. Sie fühlen sich mit neuen gesellschaftlichen Realitäten konfrontiert, insbesondere einer massenhaften Destabilisierung von Existenzbedingungen, die sie stark verunsichert. Sie erkennen zwar noch die Verantwortlichen für die eventuell drohende Arbeitslosigkeit: "... ich weiß auch nicht, warum es Wahlen gibt, die großen Konzerne haben das meiste Sagen, die Dresdner Bank, die hat viel mehr zu sagen" (Bernd), doch die rapide fortschreitende Einverleibung durch die Alt-BRD vergrößert für die Jugendlichen die Undurchschaubarkeit der neuen gesellschaftlichen Entwicklungen: Der Kapitalismus hat sich entgegen der bisher propagierten Lösungen als der Stärkere, ja als die "einzige" gesellschaftliche Alternative erwiesen. Warum das derzeit so ist, ist für die beiden nicht mehr nachvollziehbar. Sie suchen nach einfachen Erklärungen, um ihre als bedrohlich empfundene neue Existenzunsicherheit zu bearbeiten.
Bernd: "Ich finde, die Ausländer müssen raus, weil wenn ich arbeitslos werde, und das kann auch jeden Moment passieren, dann kriege ich keine Arbeit, weil die Fitschis (gemeint sind Vietnamesen) und so die Arbeit haben, die ich vielleicht kriegen würde."

Nicht einmal 1 Prozent sind Ausländer

Ungefähr 100.000 ausländische ArbeitnehmerInnen, also nicht einmal ein Prozent, gemessen an der Gesamtbevölkerung der Ex-DDR, eine Zahl, die durch Rückkehr in die Heimatländer bzw. durch zunehmende Arbeitslosigkeit unter Ausländern abnimmt, wird bereits als Bedrohung für den eigenen Arbeitsplatz angesehen. Diese personalisierende Sichtweise, die eine relative Unwahrscheinlichkeit: "... wenn sie meinen Arbeitsplatz wegnehmen, den ich vielleicht kriegen würde"(Bernd), zur Begründung für die Forderung "Ausländer raus"

heranzieht, dient dem Jugendlichen zur Entlastung seines bisher nicht gekannten existentiellen Bedrohungsgefühls.
Die AusländerInnen "sollten akzeptieren, daß wir Deutsche sind, daß sie in Deutschland sind" und "sich an die Deutschen anpassen" (Albert) müssen. Zur Bearbeitung ihrer erlebten Unsicherheit greifen die Jugendlichen auf Werte zurück, die für sie konkret und nicht anzweifelbar sind: die Zugehörigkeit zum deutschen Volk, das Deutschsein. Ein richtiger Deutscher ist etwas Besonderes, "der arbeitet, bis er umfällt" (Albert). Wer nicht zu diesem auserwählten Volk gehört, hat sich logischerweise unterzuordnen, kann nicht einfach an den wertvollen Gütern dieses Landes partizipieren. Diese scheinbar einfache "Logik" ermöglicht den beiden Jugendlichen, eine Lösung zur Bearbeitung ihres Hauptproblemes zu benennen, gibt ihnen zunächst Sicherheit. Zuerst sind sie an der Reihe, dann erst die Ausländer:

"Die sollen arbeiten für den gleichen Lohn, die gleichen Rechte haben..., die arbeiten gar nicht mal so schlecht, die sind fleißig" (Bernd). Diese Aussagen werden zwar als Widerspruch erkannt, doch zunächst gelten immer erst die Vorrechte der Deutschen, die die Ausländer selbstverständlich anerkennen müssen.

"Dann nehmen sie unsere Weiber weg!"

Innerhalb von wenigen Minuten behaupten Bernd und Albert in vielen Fragen das genaue Gegenteil des zuvor Gesagten. Aber genau diese Inkonsequenz hat für sie eine Bedeutung, speist sich aus unterschiedlichen Zusammenhängen und Deutungsmustern, hat eine immanente Logik, die es zu erfassen gilt. Bernd meint plötzlich: "Warum sollen sie nicht arbeiten ... die sind fleißig". Albert entgegnet daraufhin, daß die "vorige Regierung die ganzen Arbeiter verpflichtet hat, das ist gerade die Scheiße mit den Ausländern". Er bedauert, daß die Verträge abgeschlossen wurden. Spontane Reaktion von Bernd: "Dann nehmen sie unsere Weiber weg", denn "das sind unsere Mädchen". Die sollen "nicht sässig werden, die sollen welche von sich heiraten".
Eine ausländische Freundin zu haben, könnte er sich allerdings vorstellen, "wenn sie hübsch aussieht", er würde sogar einen Kameraden von der NA zusammenschlagen, wenn dieser seine Entscheidung nicht billigen würde. Zusammengefaßt: Eigentlich haben sie nichts gegen Ausländer, nur sollen die ihnen nichts wegkaufen, nur dort arbeiten, wo sie selbst nicht können oder wollen, fleißig sein, sich aber möglichst wenig oder gar nicht auf der Straße sehen lassen. Ein genügsamer Menschenschlag also, arbeitsam, ohne dabei von seiner eigenen Existenz viel Aufhebens zu machen. Schon der Gedanke, daß sie zu mehreren auftreten könnten, wird als Kränkung empfunden, und natürlich sollen die deutschen Frauen für Ausländer tabu sein.

Argumente zielen fast immer daneben...

Es erhärtet sich der Verdacht, daß Aufklärung hier ein sehr schwieriges Geschäft ist, weil die Argumente (fast) immer danebenzielen. Entweder werden die Angesprochenen sich nicht betroffen fühlen, weil rassistische Einstellungen, häufig verbunden mit anderen gesellschaftlich akzeptierten Ideologien wie z. B. Leistungs- und Ordnungsideologien oder auch sexistische Ideologien für die Bewältigung des Alltags der Subjekte nützlich und sinnvoll sind (wie kurzfristig auch immer). Oder die Angesprochenen werden für eine ausgesprochene Kritik an ihrer Meinung sogar dankbar sein, denn so erhalten sie die Möglichkeit, ihr gewünschtes Bild von sich und anderen zu verstärken. Kritik wird auf dieser Ebene zur Farce und wird ungefähr soviel bewirken, wie die wohlmeinende Mahnung, ein Polenwitz etwa sei diskriminierend. Das war ja gerade das Ziel des Witzes und sonst gar nichts.
Theodor W. Adorno hat in seinem "Studium zum autoritären Charakter" darauf hingewiesen, wie die den Menschen auferlegten und zugewiesenen Lebenspraxen zu psychischen Dispositionen führen, die sie in diesem oder jenem Umfange zur Verinnerlichung autoritärer Charakterstrukturen zwingen. Da die Menschen sich selbst aber bewußt nicht schaden können und wollen, kommt es darauf an, den offenen oder latenten Sinngehalt von Äußerungen herauszufinden, der für sie aus subjektivfunktionaler Sicht notwendig ist, um ihre Welt zu verstehen und deuten zu können.
In zwei Fällen würden die Jugendlichen keine Gewalt anwenden. Fall 1: "Es ist total albern so was, wenn du auf die Straße gehst und so einen Vopo anpöbelst, du haust ihm eins in die Schnauze, dafür hast du ein Loch im Arsch..., lieber stelle ich mich mit so einem auf die



Straße und unterhalte mich..." Aber: "Also früher sind wir hingegangen: 'Alter, Kohle raus', und da haben sie (gemeint sind Vietnamesen) freiwillig die Kohle gegeben, weil sie Angst hatten" (Albert).
Beispiel 2: "Die letzte Zeit, da sind wir bloß auf'm Alex rumgelaufen, da kamen die Fitschis mit Eisenstangen und waren fünf Mann, was sollten wir da machen?" (Bernd). Das einzige Mittel gegen Gewalt in dieser Gruppe scheint eine Umgebung zu sein, in der Gewaltanwendung im weitesten Sinne (hier im engsten) riskant ist. Doch das ist nicht die Lösung.

Dialogbereitschaft und entschlossenes Eingreifen

Jugendliche dürfen nicht ausgegrenzt werden, wenn sie fremdenfeindliche Äußerungen, die in unserer Gesellschaft einen hohen Verbreitungsgrad haben, vertreten. Notwendig sind: "Dialog-bereitschaft und Unnachgiebigkeit, Offenheit und entschlossenes Eingreifen" (B. Gäbler). Sie schließen sich keineswegs aus. Zu verstehen, was der andere meint, seine Beweggründe, seine Logik zu erkennen, ist die Voraussetzung für ein Gespräch ohne Besserwisserei und Bevormundung. Entschlossenes Eingreifen ist aber dort notwendig, wo durch Gewalt Angst und Terror verbreitet werden sollen. Ein Klima zu schaffen, in dem Meinungen und Themen ohne Tabuisierungen angesprochen und diskutiert werden können, in dem unterschiedliche Meinungen ausgetauscht werden können, kann dazu führen, ausländerfeindliche Sprüche und Vorurteile abzubauen. Bessere Argumente allein reichen nicht aus, es muß auch die politische Funktion von sozialen Vorurteilen aufgedeckt werden.
Ohne Besserwisserei und Stigmatisierung mit den Menschen reden, ihnen unseren durchdachten, gelebten, wohlbegründeten Standpunkt näherbringen und nicht enttäuscht sein, wenn sie anders denken. Jeder Mensch handelt zunächst einmal von seinem Standpunkt aus gesehen, in seinem Sinne richtig. Er will sich ja nicht schaden.

Mut zum Nach-Denken

Die Gattung des Wendehalses ist keine Erfindung des 89er Herbstes, sondern steht in einer steinalten deutschen Kontinuität

VON MATTHIAS FRANZ (HENNIGSDORF)

Nach dem Zusammenbruch des Faschismus gab es auf einmal keine Leute mehr, die vorher Faschisten gewesen waren. Selbst nachgewiesene Verbrechen wurden (wenn die Täter schnell das alte gegen das neue Parteiabzeichen ausgetauscht hatten) als "Jugendsünden" bagatellisiert, wenn die Herren nicht sogar ihre Opfer, die noch zu sprechen wagten, mit der Parole "Das ist Hetze gegen die Partei!" verfolgten. Ich glaube, die Machtpolitiker um Walter Ulbricht erkannten in diesen ehemaligen Nazis sehr schnell willfährige Werkzeuge, die sie wegen ihrer Vergangenheit in der Hand hatten und die in ihrer untertänigen Art, diese zu "bewältigen", will sagen: sich wieder an- und hochzudienen bei den neuen staatlichen Autoritäten, ihr altes Raubtiergebiß noch einmal hervorholten, es mit neuer Kreide bestrichen und weiter benutzten.

Die Staatsauffassung der Stalinisten entpuppte sich (trotz der roten Tünche) mit ihrem Gewalt- und Wahrheitsmonopol für eine kleine Kaste, die von den Untertanen absolute Loyalität und Treue verlangte, mit ihrer Lust an Aufmärschen, an Armee und Polizei, mit dem Hang zur Rein- und Einheit der Gesellschaft, zu abstrakten Feindbildern, mit diesem verordneten Obrigkeitsdenken ja bald als eine spießbürgerliche, im Grunde sehr "rechte" Theorie: sie ähnelte in manchen Auswüchsen (eine Staatspartei, Geheimpolizei, gleichgeschaltete Presse, Parlament als "Abstimmungsmaschine" ohne Meinungsstreit und Opposition, politisches Strafrecht usw.) in fataler Weise der der Faschisten (Stalin soll schon bei der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes voller Bewunderung gesagt haben, daß man von Hitler lernen könne, wie man mit politischen Gegnern umgehen muß) und korrepondierte mit unseligen Traditionen in Deutschland.

Die bevorzugten Opfer dieser Allianz waren zunächst einmal jene wenigen "authentischen Revolutionäre" (wie Erich Fromm sie nannte), die die faschistischen KZs oder/und den stalinistischen Gulag überlebt und ihre ursprünglichen radikaldemokratischen Anschauungen bewahrt bzw. nach Irrwegen, Selbstzweifeln, vielen Bitterkeiten zu ihnen zurückgefunden hatten. An sie dachte ich vor allem, als ich dem Hennigsdorfer Bürgermeister wegen der Tafel schrieb (siehe Bündnis 2000 14/91, S. 9). Und es wird Sie in diesem Zusammenhang vielleicht interessieren, daß Robert Havemann, der in der Nazi-Zeit noch aus seiner Brandenburger Todeszelle den Widerstand in diesem Zuchthaus mitorganisierte, seine Stasi-Vernehmer einmal fragte, "ob sie sich vorstellen könnten, wie merkwürdig es für einen Kommunisten sei, daß nicht nur der Rektor der Universität, der meine fristlose Entlassung aus der Universität, und nicht nur der Staatssekretär, der diese Entlassung angeordnet habe, sondern nun auch der Präsident der Akademie, der meine politische Maßregelung betrieb, daß alle diese ehrenwerten Herren ehemals Mitglieder der Nazipartei gewesen seien".

Ja, die Gattung des Wendehalses ist wohl keine Erfindung des 89er Herbstes in der DDR. Ich denke, dieser Typus steht in einer steinalten, deutschen Kontinuität: und nicht nur hier bei uns. Auch Westdeutschland hatte seinen Globke - und viele andere Faschisten, die nach 1945 unter den bundesdeutschen Rock krochen und die Musterdemokraten spielten: in der Justiz, in der Wirtschaft, in ...

Verordneter Antifaschismus und die Folgen

Wer hat heute ein Interesse an der Verharmlosung des Faschismus? Kein Mensch aus dem einfachen Volk?

Ganz sicher sind es nicht nur Jugendliche aus der High Society, die in neonazistische Kreise geraten oder bewußt dahin gehen.

Vor der Wende, sind da möglicherweise Leute aus Opposition zur SED in diese Gruppen gelaufen? Weil die verhaßten Partei-Bonzen sich "Antifaschisten" nannten? Wohin hat uns dieser "verordnete Antifaschismus", wie Ralph Giordano das nennt, eigentlich gebracht? Liegt hier vielleicht eine Ursache für dem mir Angst machenden Beifall, den die Parolen der Rechtsradikalen jetzt finden? Wurde dieser Haß auf alles "Linke" nicht im Loch von Bautzen produziert, wenn die Gefangenen die Stiefel der Aufseher über sich sahen: der Knuten, die sich "Sozialisten" schimpften? Und jeden Mittwoch bei der Neuen Wache: der preußische Stechschritt - zitterten dort die toten Knochen mancher Opfer noch einmal? Wie fühlten sich die in Sachsenhausen Ermordeten, wenn sie in die Gesichter der jungen Männer bei den NVA-Verteidigungen oder in die der Lehrlinge sahen, die in GST-Uniformen schlüpfen und auf diesem Boden zum Appell marschieren mußten, wenn sie ihre Berufsausbildung abschließen wollten? Und was ging in den Köpfen der halben Kinder vor, die mal mit mir hinter dem Zaun am Brandenburger Tor

---

Rechtsextreme Deutungsmuster enthalten häufig das Versprechen, die Unsicherheit und Fremdbestimmung der eigenen Existenz durch "sinnstiftende" ideologische Angebote und Identifikationsmuster zu beseitigen (z. B. Angehörige einer bestimmten "Rasse", Nation zu sein, zu einem auserwählten Volk zu gehören usw.) Diese Orientierungsmuster sind für das Subjekt nicht irrational, sondern haben ihre immanente Logik. Die Menschen handeln nicht bewußt gegen ihre Interessen. Jugendliche orientieren sich nach rechts, weil ihnen hier eine scheinbare "alternative" Denk- und Lebensweise angeboten wird. Es gilt also, den Kerngehalt rechter Deutungsmuster, die immanente Logik dieser "Alternativen" zu durchschauen und offenzulegen und die Hoffnungen und Sehnsüchte, die hinter solchen Vorstellungen stehen, ernstzunehmen.

Zu bedenken ist immer, daß die meisten Jugendlichen mit rechtsextremen Orientierungen Probleme haben und eine Lösung suchen. Sie sind unserer Meinung nach also gewinnbar für eine demokratische Lösung ihrer Probleme. Unsere Aufgabe ist es, beizutragen, daß für diese Probleme auch reale Lösungen erkämpft und präsentiert werden. Das bedeutet, herauszuarbeiten, wie die Wünsche nach Sicherheit, Durchschaubarkeit, Solidarität im (pädagogischen) Alltag demokratisch umgesetzt werden können.

Zuerst erschienen in: Der Rechte Rand 7/91

standen und auf die Mauer starrten, die sie einsperrte und offiziell nur "antifaschistischer Schutzwall" genannt werden durfte? Ich habe im Betrieb oft gehört, falls die Sprache überhaupt mal auf den Faschismus kam, man solle doch endlich Ruhe geben und aufhören, in der Geschichte herumzuwühlen - und die das sagten, waren gewiß keine Nazis. Darum frage ich mich heute, ob diese "Ich will davon nichts mehr hören!"-Mentalität vielleicht daher kommt, daß wir auch hier diese Zeit eigentlich nie tief aufgearbeitet haben.

Antifaschistische Absolution

Bei Christa Wolf können Sie einiges darüber nachlesen, wie in der DDR praktisch einem ganzen Volk von der SED Absolution erteilt wurde: auf einmal gehörten die auf ihrem Gebiet lebenden Deutschen zu den "Siegern der Geschichte", wurden "Antifaschisten" genannt und weitgehend vor einer kritischen Befragung ihrer eigenen Biographie "bewahrt" - obwohl natürlich klar ist, daß die meisten dieser Leute genauso "Heil" gebrüllt haben und wirklichen Antifaschisten eine kleine Minderheit gewesen sind. Ich denke, das führte dann dazu, daß die Älteren vieles verdrängten und über die eigene Mit-Schuld in den meisten Familien nur äußerst selten gesprochen wurde. Ein großes Schweigen lag über diesen Dingen; und das war ja, allen verbalen Erklärungen, allen Staatsakten zum Trotz, von den Fürsten durchaus gewünscht. Denn eine tiefer blickende Analyse des Faschismus hätte ja beinahe zwangsläufig viele Praktiken, Denk- und Verhaltensweisen der DDR in Frage gestellt.

Ich glaube, wir brauchen jetzt den Mut und die Fähigkeit zum Erinnern, zum Nach-Denken über unsere gesamte Geschichte, zum Trauern - und auch immer wieder zur In-Frage-Stellung unserer eigenen Biographien. Das wird nicht ohne Bitterkeiten, nicht ohne Schmerzen abgehen. Die Wunden können eben nur in der offenen Luft heilen... - aber sie werden sich bloß tiefer in unsere Gewebe fressen, wenn wir sie wieder unter Notpflästerchen verstecken wollen. In diesem Zusammenhang sehe ich übrigens eine Verbindung und eine Wechselbeziehung zwischen der Aufarbeitung des Faschismus und des Stalinismus (obwohl ich nicht beide in einen Topf werfe), gerade weil die Stalinisten, die als elitäre "Berufsantifaschisten" auftraten und sich wohl auch so fühlten, den ursprünglichen, mutigen, wahrhaftigen Antifaschismus besudelten - und ich denke, daß wer den Stalinismus begatellisiert, auch dazu beiträgt, den Faschismus zu verharmlosen.

"Hat man sich je überlegt", so fragte Heinrich Böll in seinem Nachwort zu Lew Kopelews gutem Buch "Aufbewahren für alle Zeit", "warum Deutschland, das einst die stärkste KP hatte, auf die man viele Hoffnungen setzte, nach 1945 die schwächste kommunistische Bewegung gehabt hat - trotz aller Einsicht in den Wahnsinn des Faschismus? Ob für die überlebenden und heimkehrenden Kommunisten dieser Anschauungsunterricht nicht weitaus abschreckender war als aller gepredigter Antikommunismus - und wie viele ehemalige Kommunisten haben in ihn eingestimmt?"

Fragen, Fragen, Fragen

Aber gerade unsere europäischen Nachbarn, die unter unserem Volk in der Vergangenheit sehr gelitten haben, dürfen von uns erwarten und sogar verlangen, daß wir keine einzige mehr unter den Teppich kehren. In diesem Sinne denke ich, daß die Tradition des Antifaschismus nicht verloren sein muß, sondern daß seine Werte jetzt wieder einer Chance bekommen, wo sich Karrieristen und Feudal-Bonzen und Militaristen nicht mehr mit seinen Federn schmücken und tarnen können.

Ich habe eine Stimme, und ich freue mich darüber, daß ich sie jetzt auch außerhalb kleiner Kreise gebrauchen, daß ich reden und den neuen Fürsten widersprechen kann. Das ganze Dilemma in Deutschland hing ja meiner Meinung nach oft mit dieser mörderischen Disziplin, mit dem "Pflichtgefühl" und der "Loyalität dem Staat gegenüber" zusammen. Und wenn ich mich bemühe, diese Dinge in mir aufzubrechen, dann tue ich das ja nicht, um irgendeinem irgendein Paradies zu stiften, sondern zuerst einmal für mich selbst.

Es ist einfach der irre Wunsch, mich früh noch im Spiegel ansehen zu können.

Let my people live!

Vertreter jüdischer Gemeinden zu Besuch im Berliner Haus der Demokratie

VON SUSANNE GALLEY (BERLIN)

Auf Einladung vor Dr. Wolfgang Ullmann waren sie im Juli zu einem Besuch der Bürgerbewegungen ins "Haus der Demokratie" in Berlin gekommen: Vertreter der jüdischen Gemeinden aus Bulgarien, der CSFR und Ungarn, die sich anläßlich einer Konferenz zur Lage der Juden Osteuropas in Deutschlands neuer Hauptstadt aufhielten, dazu die Ausrichter der Tagung der orthodoxen Synagogengemeinde zu Berlin "Adass Jisroel" sowie der für die Unterstützung jüdischer Gemeinden in Osteuropa zuständige Rabbiner aus Jerusalem.
"Sie haben die Möglichkeit, aus erster Hand Informationen über das jüdische Leben in Ihren östlichen Nachbarstaaten zu erhalten", wurde seitens der Gäste angeboten - eine Chance, die die anwesenden, allzu oft sehr westwärts orientierten Ex-DDR-BürgerInnen gerne nutzten.

Vom Kampf der jüdischen Gemeinden um die ihnen, auch in der Folgezeit der nationalsozialistischen (Besatzungs-) Praxis nicht zugestandenen Wirkungsmöglichkeiten (Rückgabe von Gemeindehäusern, Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts) wurde berichtet; von politischer Instabilität und ethnischen Konflikten in Bulgarien, von Schwierigkeiten der jüdischen Identitätsfindung in der CSFR - aber auch von neu entstehenden jüdischen Schulen in Budapest. Die Sorge vor nationalistischen oder gar faschistoiden politischen Gruppierungen wurde allgemein geteilt, die Stuation aber nicht als bedrohlich eingestuft. "Nicht jede antisemitische Äußerung ist es wert, daß ich mich mit ihr auseinandersetze", befand der tschechische Vertreter, "aber wenn rassistische Ideologien die Intelligenz ergreifen, steht es schlimm."

Hypotheken deutscher Vergangenheit

Und dennoch - vor dem Hintergrund neofaschistischer Aktivitäten stehen noch immer die ständig verdrängten Fragen z. B. der Entschädigung für die jüdischen Opfer der Shoa aus den von Nazi-Deutschland besetzten Ländern zur Bearbeitung an. Der häufig konstatierten gewachsenen Verantwortung "der Deutschen" für "die Weltpolitik" scheint die permanente Verdrängung der Hypotheken deutscher Vergangenheit nicht eben zu entsprechen.
"Die jüdischen Gemeinden Mittel- und Osteuropas können sich der Bürgerbewegungen sicher sein", sagte Wolfgang Ullmann und versprach zudem politische Unterstützung bei der Durchsetzung längst überfälliger Entschädigungsansprüche.
Bleibt der Wunsch, daß wir als Bürgerbewegungen bald und oft Gelegenheit erhalten werden, uns im geäußerten Sinne zu engagieren.
"Es geht nicht allein um das 'Let my people go' to Israel", faßte Dr. Mario Offenberg von "Adass Jisroel Berlin" zusammen, "auch in Europa lebt unser Volk: Let my people LIVE!"

Buchtips zum Thema Fremdenfeindlichkeit

Medico Report 9: Aufarbeitung der Vergangenheit. Über die Zerstörung von Erinnerung und geschichtlicher Erfahrung. (medico International, Obermainanlage 7, W-6000 Frankfurt/Main 1), 5,- DM

Etienne Ballbar/Immanuel Wallerstein: Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten, Argument Verlag, 28,- DM

Ahmad Barl/Josef F. Bucek/Waltraud Mayer: Fremdenangst und Ausländerfeindlichkeit - Gegenwartsdokumente, Dr. Karl Renner Institut (Khiesipl. 12, 1125 Wien), 30,- öS

Alian Baillie: Kleiner Bruder, Jugendroman über Flüchtlinge aus Kambodscha, dtv pocket Nr. 78015, 6,80 DM

Günther Gugel: Ausländer, Aussiedler, Übersiedler. Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Materialien zu Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit Band 2, Verein für Friedenspädagogik Tübingen (Bachg. 22, W-7400 Tübingen), 14,- DM

Roland Tichy: Ausländer rein! Warum es kein "Ausländerproblem" gibt. SP 908 R. Piper Verlag, 14,80 DM

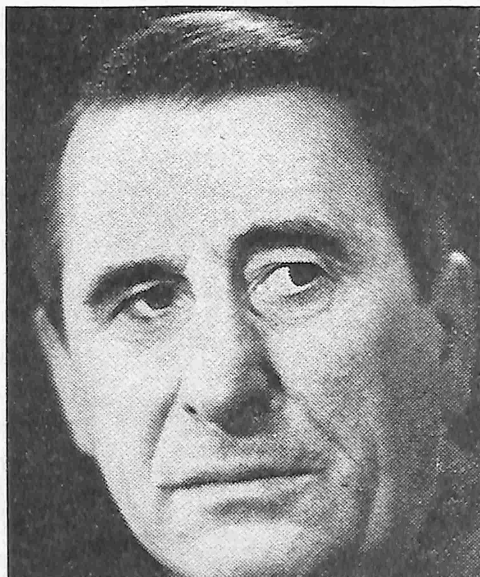
Israel und die Grünen

Eva Quistorp, grüne Europaabgeordnete, entschuldigte sich in Jerusalem für die Äußerungen ihres Parteikollegen Christian Ströbele anläßlich einer Israelreise während des Golfkrieges.

Eva Quistorp war als Referentin zum Thema: "What has left from the left?" (Was ist von der Linken übriggeblieben?) zur TIKKUN-Konferenz im Juni 1991 in Jerusalem eingeladen worden, einem Treffen von progressiven und liberalen Juden aus Amerika und der Israelischen Friedensbewegung. In ihrer Rede kritisierte sie sehr offen die Äußerungen des damaligen Vorstandssprechers Ströbele während seiner Israelreise im Februar:
"Es gibt tatsächlich viele Linke und GRÜNE in Deutschland, die - wie er - glauben, daß Israel selbst an der Bedrohung durch die arabischen Nachbarstaaten schuld ist. Aber es gibt auch viele, die diesen unmenschlichen und antisemitischen Unsinn öffentlich zurückgewiesen haben. Ich glaube, daß es möglich ist, eine Lösung für das Problem eines sicheren anerkannten Israelischen Staates zu finden, auch ohne die besetzten Gebiete. Ich bin sicher, daß Israelis und Palästinenser eine gerechte Lösung für das Pästinensische Volk finden können.
Nach den Veränderungen durch den Golfkrieg erscheint mir dies jetzt wahrscheinlicher als in der Vergangenheit. Genauso wie die Vereinigten Staaten bemühen sich auch die Europäische Gemeinschaft und das Europaparlament und sogar die Sowjetunion um eine Lösung. In Europa sehen wir aus der progressiven Bewegung es als unsere Pflicht an, die Friedensbewegung in Israel in ihrem Ruf nach einer offeneren und mutigen Suche nach einer Lösung der Palästinenserfrage zu unterstützen. Die weiter fortgeführte Besiedelung der besetzten Gebiete wird von den meisten von uns als sehr wenig nützlich bei der Verwirklichung einer Friedensregelung im Nahen Osten beurteilt. Hierbei spreche ich für alle Teile der GRÜNEN."

"Ein Krieg kann nicht 'groß' sein. Nur vaterländisch."

Im zweiten Teil unseres Interviews schildert der sowjetische Kriegsveteran und Schriftsteller Vjatceslav Kondratev bedrückend hautnah die unmittelbare Kriegssituation und den Versuch, das Erlebte in der Folgezeit zu verarbeiten.



VJATCESLAV KONDRATJEV, Schriftsteller und kritischer Kriegsveteran, war im Zweiten Weltkrieg Zugführer am heftig umkämpften "Rzever Bogen" vor Stalingrad. Seine erste Erzählung "Saschka" wurde 1987 auch in der DDR im Aufbau-Verlag herausgebracht. Das Gespräch mit ihm, das in der kommenden Ausgabe von BÜNDNIS 2000 fortgesetzt wird, führte unsere Moskauer Korrespondentin Sabine R. Arnold

Kondratev: Als ich Ende 43 im Krankenhaus lag, lagen dort auch in einem einzelnen Haus Deutsche, einfache Soldaten, einer war Journalist, und ein Lokführer, die waren von der Aufklärung festgenommen worden und waren verwundet. Einer dieser Deutschen sagte: "Uns haben sie eingetrichtert, daß Hitler einen Präventivkrieg begonnen habe!" Und ich kann nicht vollkommen ausschließen, daß nicht Stalin 42/43 selbst einen Krieg angefangen hätte, auch einen Präventivkrieg. Provokationen hatte es ja gegeben, wie mit Finnland. Und so kann man natürlich sagen, daß Hitler in diesem Sinne einen Präventivkrieg begonnen hatte.

Frage: Und der erste Umschwung kam dann mit Stalingrad. Als alle verstanden, daß Hitler nun einen entscheidenden Schritt zurück gemacht hatte und sich Stalins Macht gefestigt hatte...

Kondratev: Nun, das zeigte sich schon beim Angriff auf Moskau am 5. Dezember 41, als man sie hier wegjagte und sie dann in Rzev sitzenblieben. Rzev bildete in der Frontlinie so eine Nase, wo die Deutschen sich bis 43 halten konnten und es fürchterliche Kämpfe gab. Und Hitler hielt sich so an Rzev, weil es für ihn "eine Pistole an der Schläfe Moskaus" war, wie er sagte. Wir begannen, diese Nase bei Rzev abzuschneiden, und als Stalingrad begann, versuchten wir nur, die Deutschen daran zu hindern, sich in Richtung Stalingrad zu bewegen, um ihren Truppen dort zu helfen. So einen Charakter hatte das alles.

Und um Rzev herum kamen in jedem Dorf mehrere Divisionen um. Als wir dort hinkamen, war alles mit sowjetischen Leichen übersät. Zwei Angriffe, und aus war es mit einer ganzen deutschen Division und zwei Brigaden. Aber uns haben sie nachher auch ganz schön auseinandergeschossen...

Ich kann nicht finden, daß die Deutschen besondere Buße leisten sollten...

Diese Regime wären sowieso irgendwann zusammengestoßen, die konnten nicht nebeneinander existieren! Also, was die Schuld angeht, kann ich nicht finden, daß die Deutschen besondere Buße leisten sollten. Und was die Soldaten angeht, so verhielten sich unsere in Ostpreußen auch nicht sehr schön.

Frage: Ja, ich lese gerade Lew Kopelew...

Kondratev: Ach entschuldigen Sie, was Kopelew da so geschrieben hat... Krieg ist Krieg, die Soldaten waren ausgehungert, waren ohne Frauen, es gab Vergewaltigungen. Nebenbei bemerkt, bei den Deutschen gab es weniger Vergewaltigungen - weil sie an der Front Freudenhäuser hatten, und sie bekamen einmal in der Woche dafür eine Eintrittskarte. Und unsere bekamen noch nicht einmal Heimaturlaub - Urlaub war ein großer Ausnahmefall, für bestimmte Heldentaten gab es eine Woche Urlaub.

Frage: Die sowjetischen Soldaten hatten wirklich niemals Heimaturlaub?

Kondratev: Das gab's nicht, gab's nicht. Das war ein Ausnahmefall. Sie ließen niemanden nach Hause. Selbst wenn Frauen schwanger waren, gab man keinen Urlaub. Wenn du verwundet warst, konntest du nach dem Krankenhaus irgendwie Urlaub bekommen. Sonst nur für irgendwelche Heldentaten.

Ach ja, erinnern Sie sich an den Film über einen, der einen Panzer zerstört hatte und zehn Tage Urlaub bekam, die er aber faktisch schon allein für den Weg brauchte? Er war zwei Stunden zu Hause, als er schon wieder zurückfahren mußte. Bei uns gab es keinen Urlaub.

Na ja, die Frauen, die sie bei uns an die Front holten, die kamen, wie ich zufällig herauskriegte, nicht zur Verstärkung der Armee, sondern sie kamen für den Offiziersstab. Die Fräuleins der Divisionen, die Krankenschwestern und Angehörigen der Sanitätsbataillone. Aber bei den normalen Soldaten, den Hauptfeldwebeln, den Zugführern, was für Frauen sollten da gewesen sein?

Frage: Um noch einmal auf den Kult zurückzukommen, der um die Veteranen aufgebaut wurde: Glauben Sie, daß er stabilisierend auf das System wirkte?

Unsere ganze Kriegsprosa war immer Antikriegsprosa...

Kondratev: Nun, sehen Sie, wenn ein Land immer für den Ernstfall rüstet - "Wir sind vom Imperialismus eingekesselt, da sind die Amerikaner, da die Japaner!" - natürlich hat sich das kultiviert, der Krieg wurde kultiviert, es gab immer grünes Licht für Publikationen, da gab es eine große Masse von Literatur, Baklanov, Bykov, Konstantin Vorobev, den Sie sicher nicht kennen, denn er wurde sehr früh verwundet. Er schrieb "Bei Moskau gefallen" und "Der Schrei", zwei erschütternde Erzählungen gegen den Krieg.

Überhaupt war unsere ganze Kriegsprosa immer Antikriegsprosa. Sie zeigte immer den Menschen im Krieg, wie er litt, sein Schicksal, seine Mühen und gleichzeitig natürlich auch seine Heldentaten. Aber wie gesagt, Saschka (Hauptfigur in K.s gleichnamigem Roman) vollbringt eigentlich keine Heldentaten (...) Er leidet unter den inneren

Qualen des Frontlebens, d.h., der minütliche Tod, die Kugeln fliegen wie Hummeln, Schützengräben konnten nicht ausgehoben werden, weil die Erde erst gefroren war und nachher aufgeweicht - und danach waren sie hungrig und konnten die Toten nicht eingraben und für sich schon gar keine Gräben buddeln. Sie lebten in Laubhütten im Wald, der unter ständigem Minenwerferbeschuß stand. Also unter den Bedingungen, unter denen wir dort leben mußten.
Und als ich 1961 dort zum ersten Mal hinkam, das war so eine unwirkliche Fahrt, und ich fuhr mit dem Zug, obwohl ich damals schon ein Auto hatte. Ich hatte noch die alten Stiefel und ging etwa 20 km zu Fuß, und an der Frontlinie lagen noch Knochen und Schädel und Helme. Deutsche Minen, die nicht explodiert waren, von denen gab es viele. Und vor allem diese Schädel erstaunten mich, weil doch schon 19 Jahre seit dem Krieg vergangen waren.

Beim Pflügen zerkrachten die Schädel wie Nüsse ...

Aus dem Dorf kam jemand, und ich fragte, warum sie die Knochen nicht beerdigen. "Ach, wir gehen in den Wald nicht, wir haben bis heute Angst vor den Minen!" Schon 1953 gab es eine Eingabe an das Gebietskomitee von einem Traktorfahrer, daß man nicht pflügen könne, weil in der Erde so viele Schädel lagen, die unter den Kettenrädern der Traktoren wie Nüsse zerknackten.
Jetzt beginnen Jungens dort aufzuräumen, die Knochen zu beerdigen, gerade gestern haben sie mich angerufen. Es hat sich sogar der Panzer erhalten, der in unserem umkämpften Wald stand, der in "Saschka" beschrieben wird! Ich habe mir für die Geschichte nichts ausgedacht, die Situation war genau so, wie ich sie beschreibe!
Sehen Sie, unsere Machtorgane sprachen sich dafür aus, daß es unabdingbar sei, daß das Volk immer auf den Ernstfall vorbereitet sei, und das hieß, daß man es anhand der Heldentaten des Großen Vaterländischen Krieges erzog. Nebenbei gesagt, Okutzara sagte, ich kann diesen Krieg nicht "groß" nennen, ein Krieg kann nicht "groß" sein, nur vaterländisch. Und wirklich, warum "groß"? "Groß" haben sie auch den Krieg 1919 nicht genannt, nur "vaterländischer von 1919". Und all das wurde künstlich wieder aufgewärmt, und alles das war ungeheuer fade und zeigte keinerlei Resultate.

Umgekehrt, die Jungen konnten die Veteranen nicht mehr sehen, sie sind sie über mit all ihren Heldentaten, mit ihren Erzählungen, was für tolle Kerle sie waren und wie schlapp die Jugend heute ist. Im ganzen, wissen Sie, wenn man jemanden überfüttert, dann stellt sich ein ganz entgegengesetzter Effekt ein.
Frage: Nur glaube ich, daß die einfachen Veteranen diesen Effekt nicht verstehen...

Der Krieg hat kein weibliches Gesicht

Kondratev: Nun, es gibt schon welche, die das verstehen. Sie haben das Buch von Svetlana Alexeevic, "Der Krieg hat kein weibliches Gesicht" gelesen? Sehen Sie, was sie dort beschreibt: Am Anfang haben ihr die Frauen lauter Blödsinn erzählt, und erst, als sie lange genug nachfragte, dann haben sie ihr die Wahrheit erzählt. Genauso ist das hier. Wer könnte schon sagen, daß das alles nicht heldenhaft war? Alles war gut, und das, was schrecklich war, wurde vergessen, und es bleibt das Gefühl zurück, daß du trotzdem gewonnen hast, daß du das Land gerettet hast, den Faschismus vernichtet hast. Und das gab den Menschen in ihrem armen grauen Leben die Überzeugung; Wir haben trotz allem irgend etwas geschafft! Und jetzt, wo alle Werte umgewertet werden, wo das Pendel wieder zur anderen Seite ausschlägt, ist es für die Veteranen natürlich eine Zurücksetzung, daß jetzt der Sieg nichts mehr wert sein soll. Und sogar mein früherer Partorg, ein Parteiarbeiter bis zu diesem Zeitpunkt, er war schon 80 Jahre alt, als ich ihn dort hinfuhr und als er sah, wie die Leute in diesem Dorf lebten, sagte er: "Würden diese Menschen unter den Deutschen nicht besser leben?" - "Natürlich, wenn die Deutschen Arbeit fordern würden, würden sie sie auch ernähren!"
Frage: Ich habe gehört, daß es jetzt junge Leute gibt, Jungarmisten oder ähnliche, die die Knochen beerdigen wollen.
Kondratev: Ja, das gibt es schon lange. Sie suchen auch die Totenmedaillons, ich kann Ihnen meines zeigen.
Frage: Aber, daß sie das tun, heißt doch, daß ein Teil der jungen Leute den Veteranen durchaus Achtung entgegenbringt.
Kondratev: Ja, die gibt's bestimmt, das sind nette Leute, hauptsächlich vom Lande (...). Als wir 85 für eine Fernsehaufnahme zum 50. Siegestag nach Rzev fuhren, haben Frauen erzählt, daß sie die Medaillons in Säcken sammeln.

NOTIZEN INTERNATIONAL



Hilfe für Kurdistan übergeben

Auf einer Veranstaltung der Landtagsfraktion Bündnis 90 am Donnerstag in Potsdam übergaben der Luckauer Landrat Günter Sando, das Erfurter CDU-Ratsmitglied Joachim Kaiser und Angelika Link, vom Landesverband Demokratie Jetzt Thüringen, Geldspenden zur Unterstützung der Brandenburger Hilfsaktion für Kurdistan.
Wie Rolf Wettstädt, Organisator der Aktion, mitteilte, werden die insgesamt 26 000 DM für den Transport von Medikamenten-Spenden, Kindernahrung und Aufbaupräparaten benötigt. Es sind jetzt von 38 Orten Brandenburgs Hilfsgüter von fast 40 Tonnen zusammenzuführen und in den Irak zu transportieren.
Er betonte die nachhaltige Unterstützung durch das Gesundheitsministerium von Regine Hildebrandt.

Bündnis 90 unterstützt jüdische Gemeinde

Mit dem Wunsch nach einer Schreibmaschine trat die Jüdische Gemeinde Brandenburg an die Fraktion Bündnis 90 heran, als diese signalisiert hatte, die Arbeit für den Aufbau der Gemeinde unterstützen zu wollen. Der Abgeordnete Dr. Bernd Reuter und der wissenschaftliche Mitarbeiter der Fraktion Bündnis 90, Peter Schüler, übergaben die Schreibmaschine dem Beauftragten zum Aufbau der Jüdischen Gemeinde Brandenburgs
Bernd Reuter, der als Vertreter von Bündnis 90 an der Landtagsdelegation nach Israel teilnahm: "Die kulturelle Vielfalt, die prägend für Brandenburg gewesen ist, beinhaltet seit jeher das jüdische Element. Wir sind daher besonders glücklich darüber, daß eine jüdische Gemeinde in Brandenburg im Entstehen begriffen ist, und wollen dazu einen bescheidenen Beitrag leisten."

Deutschland könnte ökologisch vorangehen

Wie müßte eine wirklich zukunftsträchtige Aufbaukonzeption für die neuen Bundesländer aussehen

VON JOCHEN LÄSSIG (NEUES FORUM SACHSEN)

Der größte Denkfehler bei der Erstellung aller bisherigen Konzeptionen ist die Vorstellung, daß die Probleme der neuen Bundesländer nur durch Veränderungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gelöst werden können. Für diese Denkungsart ist auch bereits eine eingängige Lösung gefunden worden: Schuld an allen gegenwärtigen Problemen ist allein die alte SED-Herrschaft. Sie hat ein Erbe hinterlassen, das die uns bedrückenden Krisenerscheinungen zwangsläufig nach sich zieht. Nun geht es darum aufzuholen. Und dies schaffen wir mit jenen Rezepten, die die Bundesrepublik zu ihrem Wohlstand gebracht hat ...

Importierte Probleme

Diese Betrachtungsweise ist deshalb falsch, weil ein entscheidender Teil der Probleme, mit denen wir zur Zeit kämpfen, eben nichts mit dem Erbe der SED-Herrschaft zu tun haben, sondern vielmehr nach Öffnung der Grenzen importiert wurden. Sie sind zurückzuführen auf wirtschaftliche Disproportionen im Westen, wie den enormen Warenüberschuß, und einen generellen Mangel an Arbeitsplätzen. Indem drüben Leute durch Überstunden und Wochenendarbeit jetzt für uns mitarbeiten und auch wieder verstärkt Leute angestellt werden können, weil sich ein neuer Markt aufgetan hat, wird die Arbeitslosigkeit der Bundesrepublik auf uns übertragen.
Die Probleme, die wir erleben, treten überall dort auf, wo ein unterentwickeltes Land an ein hochentwickeltes grenzt oder wirtschaftliche Beziehungen unterhält, ganz gleich, welchen Gesellschaftssystemen diese Länder angehören.
Die sehr komplexen Probleme dieser Welt können deshalb nur durch Veränderungen in den wirtschaftlich stärksten Ländern gelöst werden, zu denen natürlich der westliche Teil Deutschlands zählt.
Einen Teil der notwendigen Reformen habe ich in meinen Erläuterungen zur Arbeitslosigkeit (s. Bündnis 2000 15/91, S. 6) angedeutet. Lohnnebenkosten müssen drastisch reduziert, industrielle Projekte dürfen nicht, ohne ihre sozialen und ökologischen Folgen zu bedenken, subventioniert werden.
Eine sehr wesentliche Frage bleibt offen: Wie können die erheblichen Finanzmittel aufgebracht werden, die notwendig sind, um die gestiegenen sozialen und öffentlichen Kosten zu decken? Anders gesagt: Wie kann ein Steuer- und Sozialsystem für die Zukunft aussehen?
Ich werde diese Frage nicht erschöpfend beantworten, will aber einige Grundzüge dieses Systems andeuten.
Wenn Sozialabgaben und Steuern nicht an die Arbeitskraft gebunden werden sollen, brauchen wir eine andere Bezugsgröße. Geeignet scheint natürlich zuerst einmal die Menge der Produktion an sich. Diese wird ja auch bereits heute besteuert durch Umsatz- oder Gewinnsteuer. Eine Verringerung der Einkommenssteuern und der Sozialabgaben müßte durch verstärkte Besteuerung der Gewinne ausgeglichen werden, ohne daß dadurch insgesamt eine Verteuerung von Waren und Leistungen zustandekäme.

Öko-Steuern

Eine Geldquelle, die durch den Staat aber in Zukunft noch in erheblichem Maße erschlossen werden muß, ist der weite Bereich der Öko-Steuern. Dies hätte den positiven Nebeneffekt, daß das zweite große Problem unserer Zeit, die Zerstörung der natürlichen Umwelt, einer Lösung näher gebracht würde. Die von den GRÜNEN schon lange geforderte, aber leider noch viel zu niedrige Mineralölsteuer ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Würde diese Steuer wesentlich erhöht werden, entfielen die Ausgaben, für die man diese Steuer eigentlich vorgesehen hat: den Bau neuer Autobahnen und Straßen in den neuen Bundesländern. Das eingesparte Geld könnte für die Bahn, aber auch für ökologische und soziale Projekte wesentlich sinnvoller eingesetzt werden. Die ebenfalls schon lange geforderten Verpackungssteuern, eine erhöhte Grundsteuer oder eine Ressourcenverbrauchssteuer würden ebenfalls für unsere selbstmörderische Industriegesellschaft eine heilsame Wirkung entfalten.
Das häufigste Argument gegen solche Reformen ist der leider schon zu einer alles beherrschenden Ideologie erstarrte Wachstumsglaube. Wenn die Menge der Produktion nicht von Jahr zu Jahr steigt, verliert das gesamte System der Marktwirtschaft seine Grundlage. Man befürchtet Rezession, Arbeitslosigkeit und einen allgemeinen Niedergang.
Es bleibt uns aber heute nichts anderes übrig, als uns von der Vorstellung eines unendlichen Wachstums zu verabschieden. Die Ressourcen dieser Welt und die Belastbarkeit der natürlichen Umwelt sind begrenzt. Die Völker, die am Wohlstand der Ersten Welt teilhaben wollen, haben sich jedoch gerade nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus vermehrt. Es bleibt also nichts anderes übrig, als zu teilen und den hemmungslosen Ressourcenverbrauch in den führenden Industriestaaten zu drosseln.

Mehr Qualität, weniger Materialverbrauch

Ein Wachstum, das nötig ist, um die Dynamik der Marktwirtschaft zu erhalten, wird in einem anderen Sinne möglich werden. Es ist ein Wachstum denkbar, das sich finanziell ausdrücken läßt und, ohne mehr Ressourcen zu verbrauchen ebenfalls zu einer Verbesserung des Lebensniveaus führt. Ein Wachstum ist möglich im Bereich der Dienstleistungen, sofern sie nicht mit hohem Energie- oder Materialaufwand verbunden sind. Wachstum in diesem Sinne ist denkbar, indem sich die Qualität und der Gebrauchswert von Produkten bei sinkendem Materialverbrauch erhöhen.
Die Rationalisierungswut der Unternehmen wird sich durch eine sinnvolle Besteuerung endlich in eine konstruktive Richt entladen können. Statt Arbeitsplätze wegzurationalisieren, werden sich die Unternehmen um jedes Gramm Material Gedanken machen und um jede verbrauchte Kilowattstunde.
Mein Beitrag ist ein Plädoyer für mehr Weitsicht im Aufbauplan der neuen Bundesländer. Diese Weitsicht ist nötig, wenn die zu treffenden Maßnahmen mehr sein wollen als ein Hin- und Herlavieren ohne Ziel, das die Probleme durch nicht miteinander zusammenhängende Einzelmaßnahmen zu lösen ver-

sucht, aber nicht lösen kann, weil sie ständig nur von einer Seite auf die andere verlagert werden. Das aufgezeigte System ist ein Komplex von Maßnahmen, die vielleicht durch weitere, etwa durch Reformen in der Geldpolitik, ergänzt werden könnten.
Trotz dieser Komplexität stelle ich mir den Beginn der aufgezeigten Maßnahmen sobald als möglich vor. Eingeführt werden müßten sie stufenweise, und zwar unterschiedlich für die alten und neuen Bundesländer.

Die Lohnnebenkosten senken!

Ab sofort müßten in den neuen Bundesländern besonders in Branchen, in denen Arbeitsplätze abgebaut werden sollen (etwa im Öffentlichen Dienst oder in der Landwirtschaft), Lohnnebenkosten erlassen werden.
Einen ähnlichen Gedanken äußerte der Banken-Volkswirt Lipp, der meinte: "Es ist absurd, durch zu hohe Löhne Investitionen unrentabel zu machen, die Schäden dann mit Investitionsförderung zu begrenzen und - wo alles nichts mehr hilft - die Menschen mit Arbeitslosengeld auszuhalten."
Er schlägt vor, daß die Lohnsteigerungen im Osten von den Betrieben nur in dem Maße ihrer Produktivitätsgewinne getragen werden sollten, die Differenz zu den durch Tarifverhandlungen sicher höher ausfallenden realen Löhnen aber vom Bund an die Arbeitnehmer überwiesen werden sollten. (Spiegel Nr. 16/45 Jg)
Mein Vorschlag ist etwas einfacher. In einem gleichen Maß sollten in den neuen Bundesländern Lohnnebenkosten, vor allen Dingen für die unteren Gehaltsklassen gesenkt werden. Die Defizite der Sozialkassen müßten vom Bund ausgeglichen werden. Die Einkommenssteuer müßte von unten nach oben noch stärker progressiv ansteigen, um die Anstellung der in Überzahl vorhandenen Arbeitskräfte nicht durch Steuern zu belasten. Bei dennoch bestehenbleibenden Finanzlöchern müßten zur Deckung möglichst sinnvolle Steuer- und Abgabeerhöhungen erfolgen: Öko-Steuern wären ein Weg, der in die Zukunft weist.
Diese beiden Maßnahmen dürften nicht vorübergehender Natur sein, sondern sollten in ein langfristig angelegtes Reform-Programm münden, das den sozialen und ökologischen Umbau der modernen Industriegesellschaft einleitet.
Der Unternehmer, der jetzt Investitionsplanung macht, müßte sich darauf verlassen können, daß in der ehemaligen DDR langfristig relativ niedrige Lohnkosten zu erwarten sind. Das würde ihn veranlassen, arbeitsintensive Industrie in den neuen Bundesländern anzusiedeln.
Ist ein Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt zwischen Ost und West erreicht, könnten die Maßnahmen je nach Arbeitslosenquote entweder schrittweise zurückgenommen oder nachträglich in den alten Bundesländern eingeführt werden.
Die Öko-Steuern müßten je nach Marktlage und Umweltsituation gesteigert werden. Die Gesamteinnahmen aus den Öko-Steuern würden allerdings damit nicht beständig wachsen, da eine Senkung von Materialverbrauch und Umweltvergiftung zu erwarten wäre. Im gleichen Maße senken sich aber wiederum die Ausgaben des Staates für den Umweltschutz. Ziel dieses kurz umrissenen Gesamtprogramms ist

- der Ausgleich zwischen Ost und West, ohne den es keinen sozialen Frieden geben wird;
- eine Vollbeschäftigung, die sogar wieder Arbeitsplätze für die sogenannten Hausfrauen beinhaltet, die heute nicht als Arbeitslose geführt werden;
- und nicht zuletzt der ökologische Umbau der Industriegesellschaft, der weder durch schöne Reden noch durch Nachsorgemaßnahmen, sondern allein durch eine konsequente Steuerpolitik in Gang gesetzt werden kann.

Schwächung der Konkurrenzfähigkeit?

Einen wirklich durchschlagenden Erfolg hätten die geschilderten Maßnahmen natürlich nur, wenn sie weltweit, aber zuerst in den führenden Industrienationen eingeführt würden, die heute sowohl für die Umweltzerstörung als auch für die weltweite Arbeitslosigkeit und damit verbundene Verelendung die Hauptverantwortung tragen.
Sollte weltweit keine Einigung zustande kommen, wäre es dennoch sinnvoll, in Deutschland mit den geschilderten Reformen zu beginnen.
Würde dies aber, so fragen viele, nicht zur Schwächung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft und damit zu einer allgemeinen Kapitalflucht führen?
Dazu folgende Überlegungen: Wird das gegenwärtige System ohne Korrekturen weitergeführt, entsteht aus der Wechselwirkung von erhöhten Sozialausgaben und ständig steigenden Kosten für Umweltsanierung - höheren Lohnnebenkosten und Steuern - höheren Produktionskosten - weniger Export - erhöhter Arbeitslosigkeit usw. eine Spirale, die ohnehin in einem "Crash" enden wird. Kurz vor dem Zusammenbruch wird das Kapital auch ohne Öko-Steuern und Senkung der Lohnnebenkosten das Land verlassen.
Die Frage ist nicht, ob Steuern und Sozial-abgaben erhöht werden müssen, sondern nur, in welcher Weise dies sinnvoll geschehen kann. Der Vorteil des aufgezeigten Systems liegt darin, daß es auf Präventivmaßnahmen setzt und damit die Kosten gesamtgesellschaftlich gesehen in jedem Fall senkt.

Größere Autonomie der Regionen

Ein weiterer Vorteil ist, daß dieses System wieder eine Entwicklung in Richtung größerer Autonomie der deutschen Wirtschaft, oder auch der Wirtschaft bestimmter Regionen, möglich macht. Durch Erhöhung der Transportkosten werden die Produkte wieder in größerem Maße dort verbraucht, wo sie hergestellt werden. Durch geringen Ressourcenverbrauch wird die Wirtschaft unabhängiger von Importen.
Auf dem Weltmarkt gefragt werden in näherer Zukunft in größerem Maße ökologisch fortschrittliche Entwicklungen sein. Führen wir in Deutschland ein Steuersystem ein, das zu Innovationen in diese Richtung zwingt, werden wir auf dem Sektor der Umwelttechnologie eine Führungsposition einnehmen. Ein Niederkonkurrieren der deutschen Wirtschaft aus diesem Grund ist deshalb kaum zu befürchten.
Es ist ein Traum, der aber auch Wirklichkeit werden könnte, daß Deutschland sich an die Spitze einer weltweit notwendig werdenden Neugestaltung stellt. Es würde damit einmal keinen destruktiven Beitrag zur Weltgeschichte liefern, sondern nach vorn weisen, in eine Zukunft, die vielleicht doch nicht so hoffnungslos ist, wie wir in unserem begrenzten Vorstellungsvermögen oft meinen.



"Literarisches Feigenblatt"

Ein nicht abgeschickter Brief des Schriftstellers Hans Christoph Buch an Stefan Heym, der in Travemünde am "Schriftstellerkongreß" teilnahm

Werter Stefan Heym,
so redete man sich zu meiner Zeit als Berliner VS-Vorsitzender unter Gewerkschaftskollegen an. Damals setzte ich mich für Sie und andere von der SED gemaßregelte Autoren ein und wurde dafür, zusammen mit meinen Westberliner Freunden vom Bundesvorstand des VS, als "kalter Krieger" diffamiert. Mit der Spitze dieses Verbandes, der nicht nur für Sie und Ihresgleichen nichts getan, sonder jahrelang als Erfüllungsgehilfe des DDR-Schriftstellerverbands fungiert hat, mit der Spitze dieses Verbandes haben Sie vor kurzem in Travemünde konferiert. Ich zögere, an dieser Stelle das Wort Schriftstellerkongreß hinzuschreiben, denn Sie waren der einzige namhafte Schriftsteller, der der Einladung des VS gefolgt ist und dort gesprochen hat. Meine Kritik gilt nicht so sehr dem, was Sie in Travemünde gesagt haben, als vielmehr dem, was Sie dort nicht gesagt haben, bzw. der Tatsache, daß Sie überhaupt vor diesem Forum gesprochen haben.

Die Blindheit des VS war ideologisch motiviert

Wie hätten Sie reagiert, werter Stefan Heym, wenn sich ein westdeutscher Autor von Rang, sagen wir Günter Grass, nach Ihrem Hinauswurf aus dem Schriftstellerverband der DDR mit dessen Funktionären solidarisiert hätte? Genau das haben Sie getan. Durch Ihren Auftritt in Travemünde haben Sie sich als literarisches Feigenblatt mißbrauchen lassen von einem Verband, der schon lange das Recht verwirkt hat, im Namen der deutschen Schriftsteller zu sprechen. Und durch Ihre öffentlich erklärte Bereitschaft, auch politisch belastete Autoren aus der DDR, d. h. ehemalige Zensoren, in den Verband aufzunehmen (mit der unappetitlichen Begründung, nicht der Mundgeruch entscheide über die Zulassung zu einer Gewerkschaft), tragen Sie zur neuerlichen Vertuschung einer Vergangenheit bei, deren ernsthafte Aufarbeitung noch nicht einmal begonnen hat. (...)
Sie könnten mir entgegenhalten, daß es unfair ist, einen von einer Staatspartei (und der Stasi als deren verlängertem Arm) gelenkten und kontrollierten Schriftstellerverband mit einer freien Gewerkschaft auf eine Stufe zu stellen. Sie mögen recht haben, aber ich halte die Parallele trotzdem aufrecht, und zwar nicht nur deshalb, weil der VS im Umgang mit den aus der DDR abgeschobenen Autoren das nötige psychologische Fingerspitzengefühl vermissen ließ (so als hätten diese sich Verfolgung und Zensur bloß eingebildet), sondern weil er die gewerkschaftliche Solidarität einer falsch verstandenen Diplomatie geopfert hat, die auf Komplizenschaft mit der Zensur hinauslief. Das Ganze war kein bloßer Lapsus: Die politische Blindheit des VS war ideologisch motiviert. Aus Gründen, die ich hier nicht im einzelnen darlegen kann, ist es einer gewissen 0,5-Prozent-Partei, die zu keiner Zeit die Mehrheit der westdeutschen Schriftsteller repräsentiert hat, gelungen, über Jahre hinweg leitende Funktionen im Verband zu besetzen und Kritiker des Status quo politisch ruhigzustellen; wer das diplomatische Stillhalteabkommen durchbrach, wurde als Ruhestörer disqualifiziert: "Nur so kam die Einigkeit zustande, und die schlimmsten Schreier sind endgültig aus dem Rennen", schrieb Bernt Engelmann in einem in den Archiven des DDR-Verbands entdeckten Brief (vom 6. Oktober 1987) an seinen Duzfreund Hermann Kant.

Die Rattenfänger wollen plötzlich Verführte gewesen sein

Inzwischen haben sich die Anhänger der 0,5-Prozent-Partei vom Saulus zum Paulus gewandelt. Einer, der die Agitprop-Trommel sonst immer am lautesten rührte, vergießt jetzt Krokodilstränen über die Unmenschlichkeit der Mauer im Feuilleton der 'FAZ'; ein anderer, der auf dem VS-Kongreß in Saarbrücken die polnische Solidarnosc mit der SA verglich, legte in Travemünde ein peinliches Schuldbekenntnis ab. Die Rattenfänger von gestern wollen plötzlich Verführte gewesen sein.
Sie haben recht, werter Stefan Heym, wenn Sie sagen, daß es schwer ist, "keine Satire zu schreiben, wenn man das Verhalten der Menschen nach der sogenannten Wende und nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten beobachtet". Auch bei Ihrer Klage über ein Westberliner Gericht, das Ihre Verurteilung wegen Devisenvergehens in der DDR nachträglich für Rechtens erklärte, haben Sie mich auf Ihrer Seite. Anders ist es, wenn Sie über die Mitarbeiter der Treuhandanstalt urteilen: "Welch großartiges Sujet - ganz abgesehen von der Ermordung ihres Chefs, dieses Großunternehmen, das, was einst an DDR-Vermögen vorhanden, in andere, vorgeblich berufenere Hände überführt und dabei hunderttausende, wenn nicht Millionen Menschen entwurzelt! Man bräuchte, meine ich, mehrere Balzacs, um die Geschäfte, die da getätigt werden, und die Typen, die sie tätigen, adäquat darzustellen..."

In Gesellschaft von Eduard Schnitzlers schwarzem Kanal

Ich mag es nicht, wenn andere Leute, ob sie mir sympathisch sind oder nicht, als "Typen" verunglimpft werden, und wenn die Erschießung eines Menschen mit einem Präzisionsgewehr als "großartiges Sujet" bezeichnet wird. Ich bin genauso allergisch gegen die Verharmlosung wie gegen die Verherrlichung von Terror oder Mord, ob das Opfer nun Schäuble heißt oder Rohwedder; und unabhängig davon, was für soziale Fehlentwicklungen die Treuhand zu verantworten hat, empfinde ich keine klammheimliche Freude dabei. Bei Ihrer Beschreibung der "Männer mit Pokergesichtern", die, "in Konferenz versammelt oder an einer Bar", das Volkseigentum der DDR verhökern, befinden Sie sich nicht mehr in Gesellschaft von Balzac, sondern in Karl Eduard von Schnitzlers schwarzem Kanal, aus dem auch die folgenden Sätze stammen könnten: "Jeder in Deutschland kann sich an der nächsten Ecke die Zeitung seiner Wahl kaufen und daraus jede ihm gefällige Botschaft, die dümmste sogar, entnehmen, und auch der Ost-Autor kann, aller Verpflichtungen (...) ledig, endlich nach Herzenslust seine L'art-pour-l'art-Gelüste leben, ganz wie es im Westen schon lange üblich. Hurra für das endlich erreichte Einheits-Utopia der Freiheit und der D-Mark."
Ich fürchte, diese grobschlächtige Karikatur ist ernst gemeint, denn ich hege seit einiger Zeit den Verdacht, daß es selbst Kritikern der ehemaligen DDR schwerfällt, sich von liebgewordenen Propagandaklischees zu trennen: der

Grabe getragen, aber das Feindbild der Bundesrepublik lebt in den Köpfen weiter.

Heile Welt, Arbeitslager und Obstgärten

Auch dafür lieferte Ihre Travemünder Rede die unfreiwillige Bestätigung, wo von der "Suche nach der heilen Welt" die Rede ist, die Generationen von Menschen dazu getrieben habe, "das Abenteuer des Sozialismus zu versuchen". Als Sie bald nach Stalins Tod die Sowjetunion besuchten und sich durch Vorsprache im Justizministerium persönlich davon überzeugten, daß es dort keine Straflager für politisch Andersdenkende gab - waren Sie da auch auf der Suche nach der heilen Welt?
"Keines von den Delegationsmitgliedern sah auch nur ein einziges Arbeitslager, dafür wird aber jeder sagen, daß es in der Umgebung von Kiew viele Obstgärten gibt", hieß es in Ihrem Reisebericht mit dem lustigen Titel "Keine Angst vor Rußlands Bären", der 1955 auch in der Bundesrepublik erschien. Gibt Ihnen Ihr damaliger Irrtum nicht zu denken? Sind Sie immer noch auf der Suche nach der heilen Welt?
Offenbar ja, denn - wie Sie in Travemünde einem Fernsehjournalisten erklärten - das Schlimmste am Zusammenbruch der DDR ist in Ihren Augen, daß dadurch die Idee des Sozialismus diskreditiert worden sei. Tut mir leid, aber ich kann daran nichts Schlimmes finden. Eine Theorie diskreditiert sich selbst, indem sie in der Praxis nicht funktioniert. Schlimmer, als wenn eine Idee Schiffbruch erleidet, finde ich es, wenn Menschen im Namen einer Idee kaputt gemacht oder zugrunde gerichtet werden. Allen bis heute unbelehrten Anhängern real existierender Utopien empfehle ich deshalb, Kants kleine Schrift "Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis" nachzulesen, aus der ich an dieser Stelle gern zitieren würde. Aber ich will es bei der Drohung bewenden lassen.
Beste Grüße, Hans Christoph Buch

Der Autor verlas diesen Text im Rahmen des Schriftstellertreffens "Tunnel über der Spree" im Literarischen Colloquium Berlin.



Aus gegebenem Anlaß

Auf dem Weg zur schamlosen Gesellschaft?

VON KARSTEN SPECK (DEMOKRATIE JETZT LEIPZIG)

Da sah einer in den Spiegel und schämte sich, als er sich selbst erkannte. Einer, Peter Zimmermann, Universitätstheologe, einer der Unterzeichner des Aufrufs vom 9. Oktober 1989, der seine Verbindungen mit der Staatssicherheit öffentlich machte.
Die Reaktion reichte vom betroffenen "der auch?" über "schon immer gewußt" bis zu krasser Verurteilung oder aber auch persönlichem Berührtsein. Ausgeblieben ist der von Zimmermann gewünschte Vorgang der breiten Diskussion, des Nachdenkens über die jeweilige Verstrickung eines jeden in die Strukturen der Macht und des Unrechts.
Offenbar gab es nur einen Spiegel im Lande.
Zu weiteren Erkenntnissen helfen nun Aktenrecherchen, deren Konsequenzen dann und wann zu empörten Aufschreien führen. Drei Reaktionstypen dominieren in der Öffentlichkeit: Die ersten sind empört, denn sie sind der Überzeugung, daß die Betroffenen nur das taten, was man hätte tun müssen, und was jeder getan hat. Die zweiten möchten den Mantel des Vergessens über alles breiten, da sie gerade vom ominösen Punkt Null aus die Zukunft gestalten wollen - und hier treffen sich die Interessen von Exponenten des alten Regimes mit denen westdeutscher Technokraten, denen frühere Verweigerung ein Beweis für mangelndes Karrierebewußtsein und fehlende Anpassungsfähigkeit ist. Die dritten suchen und brauchen die Sündenböcke, um den eigenen Schuldanteil projizieren und verdrängen zu können. An den Rand Gedrängte und von übergroßen Erwartungen Enttäuschte sehen überdies den entlarvten Sündenbock als Beweis für überall agierende "alte Seilschaften".

Keine Scham über die eigenen Verstrickungen

Allen gemeinsam ist, daß ihre Gedanken und ihr Herz keine Spur von Trauer belastet. Scham über die eigenen, alltäglichen Verstrickungen kommt bei den vermeintlichen "Opfern" ebensowenig auf wie bei den überführten und den unentdeckten "Tätern".
Was aber kann aus einer schamlosen und damit geschichtslosen Gesellschaft werden?
Schon heute ist der Vertrauensverlust in die Funktionsfähigkeit von Demokratie bei alt und - vor allem - jung erschreckend hoch. Das Verhalten orientiert sich ungebrochen an alten Mustern wie "Privat geht vor Katastrophe". Moralische Kategorien sind schwer erkennbar. Es zählt der persönliche Vorteil. Soll sich daran die nachwachsende, nach Werten suchende Generation orientieren? Haben wir wirklich nichts anderes zu bieten?

Wer oder was ist der Mikrozensus?

VON KERSTIN SCHUMANN (IFM SACHSEN-ANHALT)

Seit einigen Wochen irrt der Mikrozensus durch Sachsen-Anhalt und andere Länder. Menschen, die von ihm "befallen" werden, reagieren ver-schieden. Einige ergeben sich ihm und geben damit erneut ein Stück ihrer individuellen Lebensgeschichte preis. Andere negieren ihn und geraten so in die Gefahr, mit Ordnungsstrafen u. a. belangt zu werden.

Was ist der Mikrozensus? Er ist eine Datenerhebung, die in der BRD seit 1957 in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen durchgeführt wird. Ein Prozent der Bevölkerung werden durch Zufallauswahlverfahren ausgewählt und über einen Zeitraum von vier Jahren ausführlich über ihr Leben befragt.

Es besteht Auskunftspflicht ...

Zu Beginn erhalten die "Auserwählten" meist ein amtliches Schreiben vom zuständigen Statistischen Landesamt, in dem u. a. die Auskunftspflicht dargelegt wird. Dann erscheint ein Interviewer und übergibt den ersten Fragebogen mit ca. 80 Fragen. Meist bietet er sogar Hilfe beim Ausfüllen an!

Zuerst sind Angaben zur Person zu machen, wie Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsjahr und -monat, Familienstand, Verwandtschaftsgrad mit anderen Haushaltsmitgliedern und schließlich die Staatsangehörigkeit (ausländische MitbürgerInnen kommen in den Genuß einiger Extrafragen). Weiter geht es um Fragen zu Haupt- und Nebenwohnungen (Wochen-endhäuschen zählen auch dazu). Dann ist der Besuch von Kindergarten, Schulen und Hochschulen anzugeben. Nach Fragen zur "Erwerbsbeteiligung" kommen Details zur Kranken- und Rentenversicherung aufs Papier (Unterpunkte hierbei sind Art und Dauer durchlittener Krankheiten, Aufzählung der eingenommenen Medikamente). Es folgen Auskunftswünsche über den jetzigen und ehemaligen Betrieb sowie die genaue Tätigkeit dort (Handel, Reparatur, Büro). Es darf über Wochenarbeitszeit, Entfernung der Arbeitsstelle vom Wohnort, wie man oder frau zur Arbeit kommt und natürlich das Nettogehalt berichtet werden. Außer Fragen zum Grundwehr- und Zivildienst wird dann noch über die Zeitpunkte der Eheschließungen Auskunft verlangt, wobei letzteres freiwillig ist.

Sollte man oder frau nun denken "es ist geschafft", ist das meist ein Irrtum, denn des öfteren folgen Ergänzungsfragenbögen. Hier geht es nun um Fragen zur Wohnsituation, zur Gesundheit, den Urlaubs- und Erholungsreisen, und als Abschluß gibt es noch eine "EG-Arbeitskräftestichprobe".

Nach dem Mikrozensusgesetz vom 10. 6. 1985 besteht für die meisten der gestellten Fragen Auskunftspflicht.

Was können die Betroffenen tun

Die erste Idee ist meistens, falsche Angaben zu machen. Doch diese bewirken in der Regel ein Bußgeldverfahren bis zu 10000 DM. Außerdem erkennt man/frau durch diese "persönliche" Bearbeitung des Fragebogens die Maßnahme des Staates an und unterwirft sich ihr. Wenn man/frau wirklich etwas gegen den Mikrozensus tun möchte, dann muß die Befragung angegriffen werden, und zwar öffentlich!

Konkret:

1. Nach Erhalt des Heranziehungsbescheides muß sofort schriftlich Widerspruch an das zuständige Statistische Landesamt geschickt werden. Per Einschreiben und mit dem Antrag: "den angefochtenen Bescheid aufzuheben und die Vollziehung gemäß § 8 Abs. 4, VwGO auszusetzen".
2. Nun sollten weitere Betroffene gesucht werden, um mit ihnen Boykottgruppen zu bilden (meist wurden bis zu 30 Personen in einer Siedlung befragt, ansonsten vermittelt die "taz" Kontakte).
3. Wenn es die Möglichkeit gibt, sollte gemeinsam juristisch und öffentlich gegen den Mikrozensus vorgegangen werden.

Das Mikrozensusgesetz vom 10. 6. 1985 verstößt in mehreren Punkten gegen das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, gegen das Gebot der Normenklarheit (durch das Auswahlverfahren), und es birgt die Gefahr für die Beteiligten, sozial abgestempelt und diskriminiert zu werden.

Infos und Kontakte über Kerstin Schumann, Bündnis 90 Magdeburg, Leipziger Str. 69, 3014 Magdeburg, Tel. 0091/42024

An alle Mieter

Veranstaltungsreihe "Neues Mietrecht in Ostberlin"

Jeweils montags um 18.00 Uhr in der Prenzlauer Allee 217 (Kulturverein Prenzlauer Berg e. V.)

Themen:

5. 8. 91: Eigentümerwechsel - Sorge zur Vorsorge!!! Keine neuen Mietverträge!!!

26. 8. 91: Modernisierung - zwei Monate Bedenkzeit, Instandsetzung ist und bleibt Vermieterpflicht

Veranstalter: Berliner Mietergemeinschaft e. V., Möckernstr. 92, 1000 Berlin 61.

Ein Jahr Friedenszentrum Zwickau

Bürgerbewegung vor Ort

VON MONIKA DRESSEL (ZWICKAU)

Am 1. September 1989, dem Weltfriedenstag, wurde in Zwickau die Idee eines Friedenszentrums geboren. Engagierte Bürger fanden sich zu einer Projektgruppe zusammen, die diesem Vorhaben eine konkrete Gestalt gab.

Dazu gehören aktive Christen und Pfarrer, Pädagogen, Psychologen, Mitarbeiter des Städtischen Museums, Mitglieder von Gruppen des Konziliaren Prozesses und Mitglieder verschiedener Bürgerinitiativen, die sich einer umfassenden Friedensarbeit verbunden wissen.
Am 18. April 1990 wurde ein gemeinnütziger, eingetragener Verein "Friedenszentrum Zwickau" gegründet. Aufgabe des Friedenszentrums: die Verbreitung des Friedensgedankens in seiner historischen, politischen, humanistischen und geistlichen Dimension. Die Arbeit umfaßt deshalb drei Bereiche:

- Geschichte der Friedensbewegung
- Frieden und Abrüstung in unserer Zeit
- Gewaltfreie Gesellschaftsstrukturen - Friedenserziehung.

Ein Jahr Arbeit liegt hinter dem Friedenszentrum

Von der Stadtverwaltung wurden die 1. und 2. Etage eines Hauses im Zentrum von Zwickau zur Verfügung gestellt. Die Räume standen fünf Jahre leer, waren völlig heruntergewirtschaftet und baupolizeilich gesperrt.
Inzwischen wurde das Haus weitgehend saniert und renoviert, die Elektrik erneuert, eine neue Heizung wurde installiert, das Dach wurde neu gedeckt und für Übernachtungsmöglichkeiten ausgebaut.
Seit dem 1. September 1990 - unserem ersten öffentlichen Aktionstag - wurden drei Ausstellungen gezeigt, eine Briefmarkenausstellung zum Leben und Wirken des Dr. Martin Luther King und über die Entwicklung der Bürgerrechtsbewegung in den USA, eine Ausstellung des "Komitees für direkte Demokratie" und eine Bilderausstellung des Leipziger Malers Oliver Veit.
Im Herbst des vergangenen Jahres luden wir jede Woche zur Friedenskinderspielstunde, zum Arbeitslosentreff und zur Frauengruppe ein. Aufgrund der umfangreichen Bauarbeiten konnten diese Aktivitäten bald nicht mehr stattfinden. Nachdem die Bauarbeiten fast abgeschlossen sind, beginnen wir wieder voll mit der inhaltlichen Arbeit. Wir planen eine umfangreiche Kinderbetreuung, ein Mütterzentrum, eine feste Videoreihe, regelmäßige musikalische und andere Veranstaltungen.

Dritte Welt, Rock und Regenwald

Im November fand zum ersten Mal "Rock im Friedenszentrum" statt. Die Gruppe "Pro Regenwald" aus München informierte in Zusammenarbeit mit der IG Stadtökologie Zwickau über die Folgen der Zerstörung des Regenwaldes, und das "Komitee für direkte Demokratie" war mit seinem Doppelstockbus zu Gast in Zwickau. Auch andere Gruppen und Initiativen nutzen das Haus für Veranstaltungen, z. B. die Waldorf-Initiative Zwickau u. a. mit einem Kinderfest und einem Intensivseminar.
Im Januar führten wir zahlreiche Aktionen für den Frieden am Golf und gegen Kriegsspielzeug durch. Seit Februar findet jede Woche Donnerstag eine Beratung für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende statt. Dreimal wöchentlich ist unser Dritte-Welt-Basar geöffnet. Durch den Verkauf von Waren aus der Dritten Welt wollen wir aktive Hilfe für die Menschen dort leisten.
Im Februar hatten wir einen Abend zu den Ereignissen am 13. Januar in Litauen mit Augenzeugenberichten und einem Video. Auch über die Dritte Welt finden seit März regelmäßig Veranstaltungen statt.

Seit April auch Begegnungszentrum für Ausländer

Seit April hat das Ausländerbegegnungszentrum Cabana seinen festen Platz in unserem Haus. Wöchentlich sollen Beratungen für ausländische Bürger in Rechtsfragen, bei der Wohnungs- und Arbeitssuche usw. stattfinden. Außerdem findet in diesem Zusammenhang wöchentlich eine Ausländerdisko, Veranstaltungen zur Ausländerproblematik und über andere Länder statt. In Kürze ist das Lesezimmer nutzbar, speziell zum Thema Frieden. Geplant ist eine Töpferstube, wo die Möglichkeit zur kreativen friedlichen Arbeit mit den Händen angeboten wird. Außerdem wollen wir eine Kindersachen-Tauschzentrale einrichten, um z. B. alleinerziehenden jungen Frauen und in Not geratenen Familien zu helfen.
Es werden Wochenendseminare, Workshops und andere Verantstaltungen zur Friedenserziehung, aktuell-politischen und sozialen Problemen stattfinden. Wir möchten damit alle Interessierten und gezielt Eltern, Pädagogen, Kindergärtne-



rInnen und Studenten ansprechen und aktivieren. Bei einer intensiven Kinderbetreuung wollen wir versuchen, Konflikte friedlich zu lösen.

Wir bieten auch einen Altentreff an, um auch diesen Menschen unser Informations- und Kommunikationszentrum nahezubringen. Im Erdgeschoß sollen ein Café, Dritte-Welt-Laden und die Friedensbibliothek ihren Platz finden.

Das Cafe soll einladend sein für Zwickauer, Gäste dieser Stadt, ausländische Mitbürger, Studenten, Kinder, Menschen mit und ohne Behinderung. In diesem Café soll der Besucher nicht bloß konsumieren, sondern kann sich auch aktiv einbringen.

In der Friedensbibliothek kann Literatur zu den Themen: Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung - Umwelt - ausgeliehen werden.

Vielfältige Unterstützung benötigt

Das Friedenszentrum erfuhr bereits materielle Unterstützung in Form von Büchern, Postern, Plakaten, Fotos, Videos, Lichtbildern von Frau Prof. Dr. Dorothee Sölle, dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels, der Versöhnungsgemeinde Coventry und der Breadford University (England), dem Friedenszentrum Lindau-Bad Schachen, dem Antikriegshaus in Sievershausen, dem Neuen Forum und Demokratie Jetzt. Bedeutende Anregungen kamen aus den Gruppen im Konziliaren Prozeß. Zum Teil erhielten wir finanzielle Hilfe vom Friedensrat der DDR und von Kirchengemeinden.

Mit unseren Projektvorstellungen wandten wir uns an ca. 250 internationale Vereinigungen, Initiativen und Persönlichkeiten der Friedensbewegung, so an Carl Friedrich von Weizsäcker, Michail Gorbatschow, das Friedensnobelpreiskomitee in Oslo und die Anne-Frank-Stiftung in Amsterdam.

Das Friedenszentrum wird das kulturelle Leben in Zwickau entscheidend bereichern und den Namen unserer Stadt mit dem Gedanken des Friedens und der Verständigung im Land und darüber hinaus verbinden.

Benötigt wird weiterhin dringend finanzielle Hilfe. Spenden bitte auf das Konto-Nr. 5932-32-40421, BLZ 87055932, Stadt- und Kreissparkasse Zwickau.

Bürgerbewegung vor Ort: Wernigerode

Aus der Arbeit des Alternativen Bündnisses im Kreistag Wernigerode (Nordharz)

VON UDO HAMMELSBECK (KREISTAGSABGEORDNETER)

Zu den Kommunalwahlen 1990 konnten Grüne und Bürgerbewegungen im Landkreis Wernigerode fünf Sitze erringen. Dabei kamen die Grünen auf drei Sitze, das Neue Forum und der Unabhängige Frauenverband auf je einen Sitz. Um im Kreisausschuß tätig zu werden und in den Kreistagsausschüssen noch effektiver tätig zu werden, einigten wir uns mit der "Volkssolidarität", die bei der Wahl drei Sitze errungen hatte. So ist das "Alternative Bündnis" in allen Kreistagsausschüssen sowie im Kreisausschuß vertreten. Die Zusammenarbeit läuft recht gut. Das Bündnis versteht sich als eine ökosoziale Alternative zu den Großparteien der bürgerlichen "Allianz", der SPD wie auch der PDS. Bei den Abstimmungen um soziale Probleme sind wir uns jedoch mit SPD und PDS oft einig, da wir uns besonders auf die Probleme der durch die Umstrukturierungen betroffenen Menschen unseres Landkreises orientieren, um eine "nackte" Marktwirtschaft der Profitmaximierung zu verhindern.

Regionale Vernetzung

Die einzelnen Partner des Alternativen Bündnisses nutzen ihre Beziehungen zu gleichartigen Partnern in den Landkreisen bis auf Landesebene. So hatten Grüne und Neues Forum schon etliche Zusammenkünfte im Rahmen der Region "Nordharz", andererseits waren Grüne, Neues Forum, Volkssolidarität und PDS bei gemeinsamen Veranstaltungen zugegen. Insbesondere bei den auf dem Marktplatz in Wernigerode durchgeführten zwei Veranstaltungen wie "DDR nicht wegwerfen" und "Friedensstadt Wernigerode" konnten Grüne, Neues Forum sowie PDS wie auch SPD ihre Positionen klar definieren und dabei ihre Kontaktbereiche vernetzen. Diese Positionsbestimmung erleichterte es vielen Bürgern, ihre Stimme den Bürgerbewegungen zu geben.

Hauptschwerpunkte unseres Alternativen Bündnisses sind die Fragen der Wiederbeschäftigung von über 5500 Bürgern unseres Kreises. Durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Vorruhestand haben wir bei 101000 Einwohnern bereits über 25 Prozent Betroffene. Der Frauenanteil ist mit 66 Prozent aller Arbeitslosen besonders hoch. Beschäftigungsgesellschaften werden gebildet. Es ist jedoch fraglich, ob aus jedem Beschäftigten eines Großbetriebes ein Mittelständler, ein Kleinwarenproduzent oder Bank- bzw. Versicherungsangestellter zu machen ist (Die gesamte DDR-Volkswirtschaft mit einem anfixierten Gesamtwert von 1000 Mrd. DM, nochmals auf 600 Mrd. DM zu reduzieren und jetzt oft unter Wert zu verschleudern, ist möglicherweise ein staatsrechtlich schwereres Verbrechen als die Veruntreuung von Staatsgeldern durch ehemalige DDR-Politiker).

Ökologische Probleme

Neben den sozialen Problemen der Arbeitslosigkeit sind die ökologischen Probleme besonders eminent. Hier geht es um die schleppende Realisierung der Schließung von Fernbahnverbindungen, besonders von Halberstadt über Jerxheim nach Braunschweig sowie von Halberstadt über Wernigerode nach Hannover und Braunschweig, wobei die Verknüpfung des mitteldeutschen und norddeutschen Raumes besondere Wichtigkeit besitzt.

Auch die Schaffung einer Schnellstraße am Nordharz soll ebenso wie die Eisenbahnverbindungen zwischen Ost- und Westdeutschland noch fünf bis sechs Jahre auf dem bürokratischen Wege schmoren. Für die Bewahrung des Nationalparkes "Hochharz" vor ökologischer Belastung stehen wir ebenso wie für den Betrieb eines ökologisch betriebenen Ostharzschmalspurbahnsystems zwischen Wernigerode, Gernrode, Nordhausen und dem Brocken.

Vom KZ zum Supermarkt?

Der Plan, auf dem ehemaligen KZ-Gelände Ravensbrück einen Supermarkt und ein Autohaus entstehen zu lassen, ist vorläufig gestoppt

Anfang Juli fand vor der Gedenkstätte des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück in Fürstenberg eine Kundgebung statt. 50 Frauen, vor allem aus Berlin, protestierten gegen den Bau eines Supermarktes und eines Autohauses auf dem Gelände des ehemaligen Lagers. Die Stadt zeigte sich stur.
"Ich bin fassungslos über das, was hier passiert", sagte Georgia Peet. Sie war 19 Jahre alt, als sich für die Widerstandskämpferin der Schlagbaum hob, hinter dem das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück lag. An dieser Stelle, zu beiden Seiten der Straße, stehen heute die Rohbauten von Kaiser's Kaffeegeschäft und einem Renault-Autohaus - auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers. Werbetafeln weisen darauf hin, daß man hier bald günstig einkaufen kann.
Bisher teilten sich die sowjetische Armee und die 1956 eingerichtete Gedenkstätte das gesamte Gelände des ehemaligen KZ. Nachdem feststand, daß die Sowjets bis spätestens 1994 abziehen werden, wollte der Direktor der Gedenkstätte, Eberhard Dentzer, das Mahnmal auf das vollständige Gebiet des Lagers ausweiten. Die Kommune hatte aber bereits entschieden. Sie gab den Teil des KZ, der zuletzt von den Sowjets für Schießübungen genutzt wurde, als Gewerbegebiet frei. Ende des vergangenen Jahres wurde mit dem Bau des Supermarktes begonnen. Die Stadt verbürgte sich sogar dafür, daß der Bauherr sein Vorhaben ungestört zu Ende führen könnte. Ansonsten muß die Stadt ihm eine Entschädigung in Millionenhöhe zahlen.

Der Bürgermeister hielt sich fern

Dentzers Protest stieß auf taube Ohren. Genausowenig konnten Briefe aus aller Welt von entsetzten ehemaligen Ravensbrückerinnen, ihren Angehörigen und Freunden den amtierenden Bürgermeister Wolfgang Engler dazu bringen, einen Baustopp zu verhängen. Im Gegenteil. Die Stadt gab auch die Genehmigung dafür, daß Ende Mai der Renault-Händler mit seinem Bau beginnen konnte.
Georgia Peet erzählt, wie die Frauen die Straße bauten, die durch das KZ führte. Unter dem Pflaster lägen Knochenreste und Asche aus dem Krematorium. Mit Qualen zogen die Häftlinge schwere Steinwalzen die Straße hinauf. Jene Straße, die demnächst die Fürstenberger hinaufgehen sollen, um bei Kaiser's einzukaufen.
Bürgermeister Engler zog es vor, nicht auf der Kundgebung zu erscheinen. Sein Vertreter Ralf Lunkenheiner: "Der Flächennutzungsplan steht." Mit den Protesten wolle man sich demnächst im Rathaus auseinandersetzen. Der Landrat des Kreises, Burkhard Vogt, sprach mit den Protestierenden. Er bedauere die Entwicklung, aber sein Amt habe keine rechtliche Grundlage dafür gehabt, den Flächennutzungsplan der Stadt abzulehnen. Immerhin habe er den Bau eines Eiscafés auf dem Gelände verhindern können.

Bürgerbewegung dagegen, Fürstenbergs Bürger dafür

Den Supermarkt könne man nicht mehr verhindern, glaubte Eberhard Dentzer noch Anfang Juli. Leider seien auch die Fürstenberger nicht unbedingt auf seiner Seite. Vor der Wende diente die Gedenkstätte als Aushängeschild für die antifaschistische Haltung der DDR. Zweimal im Jahr fanden zu diesem Zweck Großveranstaltungen statt. Der verordnete Antifaschismus habe die Bürger abgestoßen. So zeigten sich die Fürstenberger auch an der Kundgebung eher desinteressiert: Gerade drei waren gekommen. Kaiser's sei ja nicht schlecht, obwohl der Weg dahin ein bißchen weit sei, sagte eine Mutter, die mit ihrem Sohn am Ufer der Havel spazierenging - "aber ein Aldi wäre doch besser gewesen".
Die Bürgerbewegungen DEMOKRATIE JETZT und Initiative Frieden & Menschenrechte forderten Ministerpräsident Stolpe und Innenminister Ziel brieflich dazu auf, alle der Landesregierung zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel auszuschöpfen, um einen sofortigen Baustopp zu erwirken. "In der Friedensbewegung der ehemaligen DDR hat Herr Stolpe gemeinsam mit den Bürgerbewegten für die Opfer des SED-Regimes gekämpft. Wir vertrauen darauf, daß er sich jetzt gleichermaßen für die Opfer des Nazi-Terrors stark macht", heißt es in einer Protesterklärung.

Kaiser's lenkt ein, Fürstenberg nicht

In Anbetracht der vielfältigen Proteste hat nunmehr Kaiser's selbst eingelenkt und sein Bauvorhaben zur Disposition gestellt. Die Stimmung in Fürstenberg ist eher entgegengesetzt: Anläßlich einer Mahnwache am 21. Juli kam es zwischen Fürstenberger Bürgern einerseits und ehemaligen Lagerinsassen, Mitgliedern des Unabhängigen Frauenverbandes und der Grünen andererseits zu heftigen Auseinandersetzungen. "Jetzt, da der Supermarkt fertig ist, machen sie so ein Trara. Das sind doch unsere Steuergelder", sagte ein Fürstenberger. "Das sind unsere Tränen und unser Blut, die in dieser Erde stecken", antwortete ihm eine Bulgarin, die drei Jahre in Ravensbrück inhaftiert war, unter Tränen. Schon damals hätten die Fürstenberger nichts von dem wissen wollen, was in dem Lager geschah. Und jetzt sei es wieder genauso. Es fehlten nur die Schäfer-hunde.
Letzte Meldung: Der Supermarkt wird nicht gebaut. Aus dem bereits fertigen Rohbau soll nunmehr ein Begegnungszentrum entstehen, teilte Ministerpräsident Stolpe mit.

BZ/eom



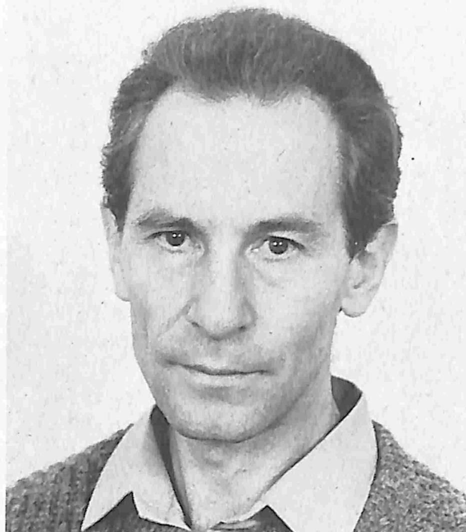
Ein Supermarkt entsteht hier nun doch nicht

JW-Gespräch mit Bärbel Bohley (NF) zu Zielen der Bürgerbewegung

Rechnen Sie bei der Fortsetzung des Bundesforums des NF am 15. September mit einer Spaltung?
Ich bin nach wie vor der Meinung, daß diejenigen, die ein „Bündnis 90" gründen wollen, aus dem Forum austreten müssen. Man kann keine Bürgerbewegung auflösen, man kann sie nur verlassen und in eine Partei gehen. Meiner Meinung nach hängt die gesamte „Bündnis 90"-Problematik sowieso nur mit Geld zusammen. Denn zusammenarbeiten könnte man allemal, was ja leider zu wenig passiert.
Was für Geld?
Es geht darum, daß bis zum 3. Oktober die Entscheidung zur Gründung des „Bündnis 90" gefallen sein muß, damit die Staatsknete fließt.
Werner Schulz betonte in einem JW-Interview, daß es sich bei „Bündnis 90" nicht um eine Partei handeln soll.
Ich denke, das ist ein Etikettenschwindel. Das, was gegründet werden soll, ist eine Partei, die auch dem Parteiengesetz entspricht, und auch eben nur den Namen Vereinigung „Bündnis 90" bekommen soll. Aber ich meine, wenn man wirklich nur eine Vereinigung von Bürgerbewegungen will, könnte und sollte man noch zwei Jahre warten und dann dem Kind einen ganz anderen Namen geben. Denn Bündnis 90 hat ja auch seine Geschichte. Es war ein Wahlbündnis, von dem ja auch manche Gruppe ausgeschlossen worden ist. Wenn man die wirklich mit hineinhaben will, sollte man sie zunächst zu einem Netzwerk verflechten.
Mit dieser Bildung einer Quasi-Partei „Bündnis 90" wird im Grunde genommen der Gedanke Bürgerbewegung verraten. Wir hatten im Herbst '89 damals gesagt, wir sind für direkte Demokratie und wollen die Parlamente verändern. Jetzt gibt es offenbar Menschen, die sagen, wir passen uns an und vertreten euch im Parlament. Das Übernehmen der „Spielregeln" und das „Mitspielen" ist für mich ein Verrat.

"Bärbel Bohley ist zu widersprechen"

BÜNDNIS 2000 befragte Dr. Hans-Jürgen Fischbeck, Mitverfasser des Grundkonsens-Entwurfs von Bündnis 90, zu den von Bärbel Bohley in der "Jungen Welt" erhobenen Vorwürfen (siehe Kasten)



Frage: Geht es bei der ganzen Bündnis-90-Problematik nur ums Geld?
Fischbeck: Die diskreditierende Behauptung, es ginge uns "sowieso nur um Geld", weise ich zurück. Es geht uns um die Schaffung der Bürgerbewegung. Sie geht nach meiner Überzeugung unter, wenn es nicht bald zur Gründung einer gemeinsamen Organisation kommt. Die Gründung war ursprünglich für Oktober geplant. Sie wurde vorverlegt, weil eine Neuanmeldung politischer Vereinigungen aus der ehemaligen DDR vor dem 3.10.91 ohnehin erforderlich ist und weil nur so die Möglichkeit, Anspruch auf Abschlagzahlungen und Chancenausgleich zu erheben, gegeben ist.
Frage: Daß das Bündnis 90 keine Partei werden soll, wird von B. Bohley als Etikettenschwindel bezeichnet...
Fischbeck: Bärbel Bohley versucht erneut, dem Bündnis 90 das Etikett "Partei" aufzukleben und weiß doch genau, daß auch das NEUE FORUM längst die Kriterien des Parteiengesetzes erfüllt. Sie sollte endlich zur Kenntnis nehmen, daß sich das Bündnis 90 von den traditionellen Parteien nach Struktur und Selbstverständnis mindestens so sehr unterscheidet wie das NEUE FORUM.
Wird sich das Bündnis 90 jetzt den parlamentarischen Spielregeln anpassen und "Verrat" an den ursprünglichen Zielen üben?
Fischbeck: Mit der These, "mitspielen" im Parlament sei Verrat, lehnt Bärbel Bohley die parlamentarische Vertretung der Bürgerbewegung überhaupt ab. Sie sollte daher Stellung nehmen zu der Tatsache, daß auch sie nach den "Spielregeln" an der Arbeit der ostberliner Stadtverordnetenversammlung teilgenommen hat, nicht anders als, es die Abgeordneten des Bündnis 90 bis heute tun.
B. Bohley fordert diejenigen, die das Bündnis 90 wollen, zum Austritt aus dem Neuen Forum auf. Steht eine Spaltung des Neuen Forum bevor?
Fischbeck: Die Satzung des NEUEN FORUM erlaubt seinen Mitgliedern durchaus die Doppelmitgliedschaft sogar in Parteien, eingeschlossen die PDS. Wenn Bärbel Bohley nun die Unvereinbarkeit mit dem Bündnis 90 fordert, muß sie sich fragen lassen, ob sie die Mitgliedschaft im NEUEN FORUM mit anderweitiger Mitgliedschaft in Parteien für eher vereinbar hält als die in der gemeinsamen Bürgerbewegung Bündnis 90. Nur durch diese satzungswidrige Forderung könnte es zu einer Spaltung im NEUEN FORUM kommen.
Im übrigen kann ich Bärbel Bohley versichern, daß unter denjenigen, die das Bündnis 90 wollen, intensive inhaltliche Arbeit geleistet wird.



Politische Wirksamkeit in der Zukunft

Oder: Was zwingt uns tatsächlich zu einem Zusammenschluß der Bürgerbewegungen?

VON PETER MÜLLER (DEMOKRATIE JETZT SACHSEN)

Seit geraumer Zeit beschäftigen sich die Bürgerbewegungen in den neuen Bundesländern mit der Frage, unter welchen Voraussetzungen die Ideen des Herbstes 1989 und die ohne Zweifel vorhandenen Erfolge der letzten zwei Jahre in die politische Landschaft der Zukunft eingebracht werden können.
Erfolgversprechend kann da - so fast alle Bürgerbewegten - nur eine Fusion der in Frage kommenden Organisationen, also NF, DJ und IFM, sein. Die Frage nach den Grünen auf dem Gebiet der neuen Bundesländer ist kaum noch zu stellen, da sie ja mit Ausnahme der Sächsischen Grünen bereits dem Bundesverband beigetreten sind.

Warum schon am 3. Oktober?

Nun wird aber von vielen Seiten die Frage gestellt, aus welchen Gründen diese Fusion bereits am 3. 10. 1991 zustande kommen muß. Im Einigungsvertrag ist festgehalten, daß bis zu diesem Termin die rechtliche Gleichstellung der Bürgerbewegten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gewährleistet ist. Bis zum 3. 10. muß also die Angleichung an das Parteiengesetz erfolgt sein. Laut Auskunft des Berliner Rechtsantwaltes Karlheinz Merkel ist dies auch notwendig, um beim Verfassungsgericht eine Klage auf Zahlung von Chancenausgleich und Abschlagszahlungen einreichen zu können. Seiner Meinung nach wäre diese Klage erfolgreich, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß sich bis zum 3. 10. 1991 eine wählbare politische Vereinigung im Sinne des Parteiengesetzes gründet, welche die Rechtsnachfolge der drei an der letzten Bundestagswahl beteiligten Bürgerbewegungen antritt.

Zur besonderen Situation in Sachsen

Wie schon erwähnt, sind die sächsischen Grünen kein Landesverband der Bundesgrünen geworden. Sie sind diesen Schritt deshalb nicht gegangen, weil sie sich den Bürgerbewegungen näher fühlen und aus diesem Grund mit ihnen zu einer gemeinsamen Lösung kommen wollen. Allerdings wollen sie sich auch nicht dem sich gründenden Bündnis 90 anschließen, sondern eine Organisation in Sachsen bilden, welche zwar eine enge Zusammenarbeit mit dem Bündnis 90 ermöglicht, aber juristisch von diesem unabhängig ist. Mittels eines Vertrages wird diese Zusammenarbeit rechtlich geregelt. Das "Bündnis 90/Grüne" in Sachsen wird also eine Art Klammerfunktion zwischen dem Bündnis 90 und den Bundesgrünen innehaben.
Ein weiterer Punkt, der bei vielen auf Unverständnis stößt, ist die Frage nach der juristischen Auflösung der "alten" Organisationen - also DJ, NF, IFM und Die Grünen in Sachsen. Es ist nicht möglich, die Rechtsnachfolge einer Organisation auf eine sich neu gründende Organisation zu übertragen, ohne daß sich die "alte" Organisation auflöst. Würde sie das nicht tun, installierte man nur eine weitere Organisation, welche mit keinerlei Rechten oder damit verbundenen Vorteilen aus den oben erwähnten Fragen ausgestattet wäre.

Einzelorganisationen können in AGs weiterbestehen

Das soll aber nicht bedeuten, daß durch diese Fusion ein vollkommener Identitätsverlust bei den einzelnen Organisationen oder Teiler dieser beabsichtigt ist, sondern es die Möglichkeit des Weiterbestehens von Arbeitsgruppen unter den entsprechenden Namen - also AG NF im Bündis 90/Grüne in Sachsen usw. - gibt. Dies muß also in den Satzungsentwurf dieser sich gründenden neuen Organisation aufgenommen werden.
Ich weiß, daß viele unserer sächsischen Mitarbeiter und Sympathisanten sich diesen Fragen vollkommen verschließen, entweder in der Hoffnung, daß irgend jemand das schon regeln wird, oder mit der Absicht, sich den Bemühungen um eine gemeinsame bürgerbewegt-grüne Organisation entgegenzustellen. Jedoch möchte ich immer wieder betonen, daß diese neue Organisation nur so gut, effektiv, bürgernah und demokratisch wird, wie wir sie uns gestalten. Und dazu bedarf es vieler Köpfe, welche an der Zukunft der Bürgerbewegungen und deren politischer Wirksamkeit in der Zukunft mitarbeiten.

Depression ...

Die, die zehn Jahre unbeirrt Widerstand leisteten, sehen sich Mächten gegenüber, denen sie nicht gewachsen sind, und scheinen der Resignation nahe.

VON FRANK MIETHING (DEMOKRATIE JETZT WESTBERLIN)

Als vollzöge sich der Mächtigen Wille ohne unser Zutun, als gäbe es kein Mittel mehr, aufzuhalten, was da auf uns zurollt, als sei es selbst für jeden Aufschrei zu spät, so wirken auf mich die Mienen derer, denen ich in Berlin begegne: alle machen ein Gesicht wie zehn Wochen Regenwetter. Und das nicht nur unter Westberlinern, die für ihre Wohlstandsinsel "Land unter" sehen, sondern gerade auch bei denen, die einst Hoffnung vermittelten, die die Angst überwanden und so ein verfluchtes Regime zum Teufel jagten. Die zehn Jahre unbeirrt mit Kerzen und Gebeten Widerstand leisteten, sehen sich Mächten gegenüber, denen sie nicht gewachsen sind, und scheinen der Resignation nahe. Aber schlimmer noch: die in kürzester Zeit durch Gewaltlosigkeit und begreifliches Zupacken in Form einer neuen Verfassung eine so in Deutschland sehr seltene politische Reife unter Beweis stellten und in jahrelangem zähen Einüben eine Demokratiekultur entwickelten, die alle Parteien der Bundesrepublik, insbesondere die Grünen, schamrot werden lassen müßte: sie reden jetzt da-

von, wieviel sie von eben diesen Grünen zu lernen und zu profitieren hätten, und können es kaum noch erwarten, sich in die Arme dieser westdeutschen Schwesterpartei zu werfen und die letzten Spuren eines geistigen Widerstandes gegen den Anschluß zu tilgen.
Parlamentarier beschwören die Fraktionsinteressen, ordnen sich bereitwillig unter, wenn es um die parlamentarische Erfahrung der westdeutschen Kolleginnen und Kollegen geht, und lassen nur ein Argument mehr gelten: das Überleben unter den Bedingungen der 5 %-Klausel und den Zeitdruck bis zur nächsten Wahl. Anstatt auszustrahlen und anderen Hoffnung zu geben, verbreiten Bürgerbewegte selbst Leichenbittermiene, und hätten sie nicht Mandate, so würden manche sich längst aus der Politik zurückgezogen haben. Soziale Ängste brodeln, entladen sich, Neonazis demonstrieren frech und ungehindert, doch die einst mit den Schärpen "Keine Gewalt" Provokationen gemeistert haben, sind verschwunden, verängstigt oder widmen sich ihrer Melancholie: Depression!

War der große Schmerz einer verlorenen Identität durch hektische Aktivität nur überdeckt oder verdrängt worden, bricht er sich jetzt auf einmal Bahn? Hat der Golfkrieg uns unsere Ohnmacht vor Augen geführt (scheinbar, denn in Wirklichkeit blieben die Friedensdemonstrationen nicht ohne Wirkung...) oder fehlen uns einfach die Konzepte, gegen die Folgen der völlig unsinnigen Währungsunion Mittel anzubieten? Wie kommt es, daß wie die erstklassigen Chancen, unsere Ideen überzeugend darzulegen, die uns das Chaos des Parteiensystems in Bonn bietet, nicht nutzen? Das Märchen vom unterwürfigen, labilen deutschen Nationalcharakter hat die DDR-Opposition widerlegt, aber dennoch ist an den klugen Analysen von Psychologen wie Maaz oder Jürgen Fuchs etwas wahres. Der Schock über das, was man sich da eingehandelt hat, kommt bei manchen, und gerade bei den Tapfersten, erst jetzt, mit Verspätung. Besser waren die dran, die sich nie Illusionen gemacht und immer alles von der schwärzesten Seite gesehen haben. Sie sind jetzt nicht enttäuscht.

Doch kann es dabei bleiben?

Die Zeit der Depression ist die Stunde der Karrieristen, die die Lähmung der anderen ausnutzen und die Bürgerbewegung zu einer stinknormalen Partei machen wollen, in der sie, die zum Teil schon "oben" sind, das Sagen hätten. Als gäbe es eine solche Partei nicht schon und als wäre die nicht vor kurzem mit Pauken und Trompeten baden gegangen.

Doch da man ja auch bei den West-Grünen weiß, wie ungeheuer "beliebt" diese Bürgerschreckpartei bei den biederen DDR-Bürgern war, sieht man in dem guten Namen der Bürgerbewegungen die Chance für einen Erfolg auch in den östlichen Ländern.

Die Lethargie, in die jetzt manche von uns rutschen oder schon gerutscht sind, ist die Chance derer, die zur Macht wollen oder die schon immer aufgrund der falschen Annahme der Mehrheit, man könne ja doch nichts ändern, herrschen durften.

Abgesang und Aufbruch

VON TORSTEN BOEK (NEUES FORUM)

In der Evangelischen Akademie Magdeburg begann Ende Juni ein neues Kapitel in der Entwicklung bürgerbewegter alternativer Politik in Magdeburg. Aus NF, DJ und IFM entstand Bündnis 90.

Dem einen oder anderen mag der Abschied vom Neuen Forum (sicher auch von DJ und IFM), dem ehemaligen Hoffnungsträger, leid tun, aber seit dem Bundesforum von Bernburg ist klar, daß es beim NF allein noch um die Machterhaltung einzelner Grüppchen geht, selbst dann, wenn dazu Parteistrukturen notwendig sind.
Ein folgerichtiger Schritt also, den in der öffentlichen Meinung längst vollzogenen Zusammenschluß der Bürgerbewegungen praktisch durchzuführen, bedenkt man nur die geringe Zahl der noch aktiven Mitglieder. Dennoch: Richtige Freude wollte nicht aufkommen. Zu gering waren in der Vergangenheit die politische Wirksamkeit und die Aufmerksamkeit der Medien für neue politische Ansätze. Noch schlimmer wohl die Erkenntnis der Ohnmacht gegenüber den Problemen in der ehemaligen DDR.

Keine praktikablen Alternativen anbieten zu können - darin liegt wohl ein wesentliches Manko bürgerbewegter Politik.
Auf den Trümmern verlorengegangener Ideale der DDR-Oppositionsbewegung, alleingelassen von vielen "Promis", die aus gemütlichen Parlamentssitzen heraus oftmals nur noch ihre Selbstdarstellung zelebrieren, suchen die Bürgerbewegten nach neuen Wegen, ihren basisdemokratischen und bürgernahen Politik-ansatz in das vereinigte Deutschland einzubringen. Partei oder Bürgerbewegung, gar Bürgerinitiative oder eingetragener Verein, gemeinsam mit den Grünen, außerparlamentarische Opposition oder wählbare Partei - die Meinungen über die Zukunft sind so unterschiedlich, wie das Spektrum an politischen Ansichten breit ist. In der Vergangeheit gab es zu kaum einem Thema halbwegs einheitliche Standpunkte. Selbst an der Frage (Golf-)Krieg oder Frieden schieden sich die Geister.

Weder wertkonservative Partei noch zerstrittenes Splittergrüppchen

Nun also Bündnis 90 in Magdeburg. Inwieweit der Zusammenschluß die politische Wirksamkeit erhöht und die dringend notwendige inhaltliche Arbeit verbessert, muß abgewartet werden. Hier trägt auch der künftige gemeinsame Bündnissprecherrat (der diesmal nicht gewählt werden konnte, da sich nicht genügend KandidatInnen fanden) eine große Verantwortung. Viel Fingerspitzengefühl müssen diese Frauen und Männer auch im Umgang mit den weiterhin bestehenden Landesverbänden NF und DJ beweisen, will man nicht Informationen, Geld und vor allem Mitgestaltungsmöglichkeiten vertun: Im Herbst wird Bündnis 90 länderweit entstehen, und da sollten die Magdeburger, wenn sie mit dem Zusammenschluß schon vorangehen wollen, konsequenterweise ihre Vorstellungen mit einbringen.
Eine Beschränkung auf die kommunale Arbeit kann sich im ungünstigen Fall als Behinderung dieser erweisen. Einmischung wird nötig sein, soll Bündnis 90

Heldin zweier Lebensläufe

Ein Taschenbüchlein aus der Reihe "Die Frau in der Gesellschaft": Violett der Umschlag, das Photo einer durchscheinend zarten, versonnen dreinblickenden Frau mit fedrig geschnittenem kurzem Haar, eine behandschuhte Hand leicht unter das Kinn gelegt, im Hintergrund in Stein gemeißelte hebräische Schriftzeichen.



Ganz ehrlich: besonders neugierig macht mich das nicht auf den Roman. Etwas unwillig lese ich die ersten Seiten, verwundert darüber, wie bekannt sie mir scheinen. Rasch gelingt es der Autorin, meine ganze Aufmerksamkeit auf ihre Erzählung zu ziehen. Und sie hat eine durchaus ungewöhnliche Art, die Geschichte und den Identitätskonflikt der knapp vierzigjährigen Polin Anna Lazarska zu erzählen, die eigentlich Miriam Zarg ist (eigentlich?).

Geschrieben ist der Roman aus der Perspektive des deutschen Journalisten Hans Benek, der auf die zurückgezogen in einer Kölner Pension lebenden Frau aufmerksam gemacht wird. Es ist die Zeit unmittelbar nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen. Dies erklärt das Interesse des Journalisten, denn es scheint, als würden politische Gründe einer Rückkehr der Frau nach Warschau entgegenstehen. In verschiedenen Gesprächen bringt der Journalist das Drama ihrer Biographie heraus.

Die Lektüre von Tagebuchaufzeichnungen ihres schwerkranken "Vaters" hatte Anna offenbart, daß sie in Wirklichkeit die Jüdin Miriam Zarg ist, die Witold Lazarski 1943 in einem Körbchen an der Warschauer Ghettomauer als einjähriges Kind in erbarmungswürdigem Zustand auffand und sich ihrer annahm. Das Wissen um ihre Herkunft stürzt Anna/Miriam in eine tiefe Lebenskrise. Sie weiß nicht mehr, wohin sie gehört, ob nach Polen, zu dem Mann, den sie solange sie denken kann als als ihren Vater betrachtet hat, der aber im Sterben liegt, oder ob zur Familie der leiblichen, jüdischen Schwester, die sie in Amerika ausfindig machen konnte. Sie weiß nicht mehr wer sie ist, glaubt, unbefugt das Leben der Polin Anna Lazarska gelebt zu haben. Auf der Suche nach einer Lösung flüchtet sie sich nach Köln, in die Stadt, die sie einmal mit ihrem "Vater" besucht hatte.

Die "Heldin zweier Lebensläufe" - wie der Erzähler Benek sich ausdrückt - scheitert schließlich an der Aufgabe, sich eine Identität zu geben, die Anna und Miriam zusammenbringt; in den Worten Anna Lazarskas: die das "Doppelschicksal eintauscht gegen gegen ein Einzelschicksal". Sie begeht Selbstmord.

Aus Tonbandaufzeichnungen der Gespräche mit Anna/Miriam, ihren Aufzeichnungen, dem Tagebuch des polnischen "Vaters", versehen mit ihren Anmerkungen, und aus Briefen montiert der Journalist ein Dokument der Zerrissenheit. Das Ergebnis ist der vorliegende Roman. Im Verlauf dieser Arbeit nähert sich der Deutsche mehr und mehr dem Schicksal der polnischen Jüdin an; parallel dazu findet diese Annäherung auch bei den Lesern statt: Aus dem "Material", d.h. den schlichten Fakten - insbesondere auch unserem Wissen über die besondere Geschichte Polens und Deutschlands - werden Schicksale von Menschen, die nachvollziehbar sind.

Am Ende des Buches steht die Begegnung des Journalisten mit der in Amerika lebenden Schwester der Toten. Ihr Name - Ewa Zarg-Seideman - läßt an den großartigen und erfolgreichen Roman "Die schöne Frau Seidenman" von Andrzej Szczypiorski denken, der sich ebenfalls auf feinfühlige Weise mit dem komplizierten Beziehungsdreieck Polen-Juden-Deutsche im Zweiten Weltkrieg und darüber hinaus beschäftigt. Doch während wir bei Szczypiorski Figuren finden, die eher Schemen sind und in ihrer Typenhaftigkeit beispielhaft auf eine ganze Gruppe von Menschen verweisen sollen, finden wir bei Nurowska Individuen aus Fleisch und Blut mit spezifischen Schicksalen, mit Problemen, Schmerzen und Kämpfen, die uns nahe gehen und deshalb etwas angehen.

Inzwischen weiß ich, warum mir Teile des Buches beim ersten Lesen so vertraut waren: In den "Deutsch-Polnischen Ansichten zur Literatur und Kultur", dem Jahrbuch des Darmstädter Polen-Instituts, gab es im letzten Jahr einen Vorabdruck von einigen Seiten.

So verdienstvoll die wirklich preiswerte Veröffentlichung in der vorliegenden Form ist, ich wünsche Maria Nurowska mehr Leserinnen und auch Leser als die spezielle Gruppe, die sich von der Reihe "Die Frau in der Gesellschaft" und ihrer Aufmachung angesprochen fühlt.

Maria Nurowska: Postscriptum für Anna und Miriam. Roman. Fischer Taschenbuch Verlag. Reihe: "Die Frau in der Gesellschaft". 154 Seiten, DM 10,80

Martina Lilla

am Ende eine für alle offene und zur Zusammenarbeit mit uns Nahestehenden (Grüne, UFV, Bürgerinitiativen, Verbänden, Gewerkschaften u. a.) bereite Sammelbewegung und nicht wertkonservative Partei oder zerstrittenes Splittergrüppchen sein, das am Ende als letzte Erinnerung an die DDR von der politischen Bühne verschwindet.

BUCHTIP

Gestein

Festschrift für Gerd Poppe

sammlung

Marianne Birthler, György Dalos, Reinhard Weißhuhn, Ludwig Mehlhorn, Wolfgang Ullmann, Franziska Groszer, Jens Reich, Erhard Müller, Elisabeth Weber und Milan Horacek über

Dissidentenkontakte Ost/Ost - Nationalismus und Stalinismus - Bürgerbewegungen und Linke - Berlin Berlin - Traum und Trauma des 9. November - Stasi in der Volkskammer - Deutsche und Polen - Bündnis 90 im Bundestag

100 S., 8 Abb., 12 DM (+ Porto)
Bestellungen an: Bündnis 2000. Friedrichstr. 165, O-1080 Berlin

TERMINE

Termine im August

2. - 23. 8. Bielefeld: Interkulturelles Sommerseminar für schwarze Frauenstudien. "Schwarze Menschen und die EG" (Cross Cultural black Women's Studies Summer Institute, c/o Interkulturelle Initiative Schwarzer Frauen für Minoritätenrechte und -studien in Deutschland e. V., z. Hd. M. Kraft, Tolgter Str. 52, W-4800 Bielefeld 1)

2. - 11.8. Hofgeismar: Tagung "Denk ich an Deutschland ..." XIV. Sommerakademie, (Evangelische Akademie Hofgeismar, Postfach 1205, W-3520 Hofgeismar Tel. 05671/881-0)

5. - 9.8. Mutlangen: "Meditation, Handarbeit und gewaltfreie Aktion", Besinnungstage zur Unterstützung des Fastens für einen Atomteststop während der Hiroshima- und Nagasakitage (Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen, Forststr. 3, W-7075 Mutlangen, Tel. 07171-75661)

6.8. - 2.9. Mutlangen: Öffentliches Fasten für einen Atomteststop (Carl Kabat Haus, Schulstr. 7, W-7075 Mutlangen)

20. 8. Magdeburg, Regionalbüro Bündnis 90, Leipziger Str. 69: Treffen mit Freunden der ACO Paris, Austausch zu den laufenden Initiativen in Frankreich und Deutschland, Ideen zur konkreten Zusammenarbeit. Kontakte zu weiteren Regionalgruppen des Bündnis 90 sind durch Ortsgruppen der ACO erwünscht

Termine international

2. - 9.8. Hiroshima und Nagasaki (Japan): 1991 Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben (Organisationskomitee, 6-19-23 Shimbashi, Minato-ku, Tokyo 105, Japan, Tel. 81033431, FAX: 81034341 8781)

3. - 11.8. Neuchlen - Anschwilen (CH): 2. Sommeruni, Themen: "Aggression, Konfliktbewältigung und Friedenserziehung" (Arna-Büro, Postfach 1031, CH-9001 St. Gallen)

Anfang bis Mitte August: Erzgebirge zwischen Deutschland und Tschechoslowakei: Gratwanderung für den Frieden (Hannelore Schmid, Markomannenstr. 27, W-7000 Stuttgart 40)

3. - 9.8. Joncels (F): Session für Familien (in französisch), Communauté de l'Arche, La Flayssière, F-34650 Joncels

TERMINE

4. - 10.8. Millau (F): Education, conflits et non violence avec B. Bayade (MAN), Le Cun du Larzac, F-12100 Millau, Tel. 65606233

4. - 14.8. Millau (F): Aktionstheaterseminar "Die Welt begreifen..." (Le Cun du Larzac, F-12100 Millau, Tel. 65606233)

4. - 31.8. Ballandine, Co Mayo (Irland): Remote Computer Working (Mobility International, 228 Borough High Street, London SE1 1JX, England)

7. - 14.8. Prali (TO) (I): Internationales Theologietreffen: "Ökonomie und Theologie: Gott oder Caesar?", Sprachen deutsch, englisch, französisch und italienisch (Segreteria di Agape, I-10060 Prali (To), Tel. 0039/121/807514)

8. Tudulinna (Estland/SU): Ecotopia 1991, Umweltcamp in Nord-Ost Estland, Themen "Indigenous cultures in Europe" und "new environmental technologies" (European Youth Forest Action, Postbox 566, NL-6130 An Sittard, Tel. 00314490/13045)

12. - 16. 8. Moskau (SU): European Nuclear Disarmament Convention (Sylvie Mantrant, 50 rue Lepic, F-75018 Paris)

14. - 24.8. Millau (F): Seminar "Was heißt ökologisch leben?" (I. Heiss Eppig, Le Cun du Larzac, F-12100 Millau, Tel.65606233)

15. - 19.8. Larzac (F): 20 Jahr-Feier des Widerstandes in Larzac

Spendenkonto für BÜNDNIS 2000:
Kto.-Nr. 00 434 111 00, BLZ 120 500 00,
Sparkasse Berlin.

Abo-West:

Ich abonniere BÜNDNIS 2000 ab sofort
O für 1 Jahr (52 DM)
O für 1/2 Jahr (27 DM)

Bei Nichtkündigung verlängert sich das Abo automatisch um den angegebenen Zeitraum.

Anschrift

Vorname/Name

Straße/Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort

Datum/Unterschrift

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto Nr. Bankleitzahl

Datum/Unterschrift

Bündnis 2000, Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165, O-1080-Berlin

Abo-Ost:

Nur für Ex-DDR:

Muß bis zum 10. des Monats vor Beginn des Inkassozeitraumes beim zuständigen Postzeitungsvertrieb vorliegen!

Bestellung einer Zeitung/Zeitschrift
zu den Bedingungen der Postzeitungsliste und der Postzeitungsvertriebs-Anordnung

06

Alle Haushaltangehörigen bestellen unter einer Kundennummer!

ab (Datum)

Titel der Zeitung/Zeitschrift: BÜNDNIS 2000 — Stück

Kundennummer

Name, Vorname

Straße, Haus-Nr., Wohnungs-Nr., Zustellfach, Postfach — Ort — Postleitzahl

Datum und Unterschrift

8 232 41 VV Spremberg Ag 310/88/DDR/3207 1/21/3

Mitarbeiten/Mitglied werden

☐ *Ich bin an einer Mitarbeit in einem zukünftigen BÜNDNIS 90 interessiert. Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial der Bürgerbewegungen zu!*

☐ *Ich möchte Mitglied werden! Bitte schicken Sie mir Programm & Statut von "Demokratie Jetzt", "Initiative Frieden & Menschenrechte" und "Neues Forum"!*